

Zeitschrift: Bericht des Regierungsrathes an den Grossen Rath über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ...

Herausgeber: Regierungsrath des Kantons Bern

Band: - (1867)

Artikel: Verwaltungsbericht der Direktion der Domänen, Forsten und Entsumpfungen

Autor: Weber

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-416086>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Verwaltungsbericht
der
**Direktion der Domänen, Forsten und
Entsumpfungen**
für
das Jahr 1867.

Direktor: Herr Regierungsrath Weber.

I. Forstverwaltung.

A. Gesetze, Dekrete, Verordnungen, Instruktionen.

Der Entwurf Forstgesetz gelangte dieses Jahr noch nicht zur Vorlage an die Behörden, weil die Direktion durch die Organisation des Vermessungswesens und durch die Verhandlungen in Sachen der Juragewässer Korrektion auf ganz außergewöhnliche Weise in Anspruch genommen wurde.

Dagegen wurde im Herbst dieses Jahres „der allgemeine Bericht und die summarische Zusammenstellung der forststatistischen Ergebnisse“ in deutscher und französischer Sprache veröffentlicht.

Derselbe ist geeignet, ein übersichtliches Bild der bernerischen Waldverhältnisse zu geben und wird beabsichtigt, successive aus dem reichen Material, welches diesem Auszuge als Beleg dient, auch die

Zusammenstellung der gemeindeweisen Ergebnisse nach Amtsbezirken im Druck folgen zu lassen.

In der Einleitung dieser umfassenden und mit aller Sorgfalt ausgeführten Arbeiten wird hervorgehoben, daß eine genaue und möglichst vollständige Kenntniß der wirklichen Zustände eines Landes für die Gesetzgebung und Verwaltung die beste Richtschnur zur Beseitigung bestehender Uebelstände und die sicherste Grundlage zur Anbahnung und zum Aufbau besserer Zustände sei und daß die Ausarbeitung einer einläßlichen Statistik über das bernerische Forstwesen sich einzig schon mit Rücksicht auf deren Nutzen für die ordentliche Verwaltung rechtfertigen lasse.

Allerdings bedurfte die Gewinnung des Materials und die systematische Bearbeitung derselben nicht weniger denn fünf volle Jahre von 1860—1865, während welcher weder Mühe noch Arbeit gescheut wurden.

Die einzelnen Kapitel derselben geben aber einen deutlichen Begriff einerseits von deren Schwierigkeit und Größe und anderseits von der Ausdauer, welche zu deren Durchführung nothwendig war.

Die Ausarbeitung geschah:

1. nach Waldbezirken,
2. nach Gemeindebezirken,
3. nach Amtsbezirken,

und umfaßt

4. die summarische Zusammenstellung und den allgemeinen Bericht.

Zufolge dieser Letztern, um bei diesem Anlaße einzelne Hauptdaten nicht zu übergehen, gestalten sich die Waldverhältnisse des Kantons wie folgt:

1. Realverhältnisse.

Waldungen	379,745	Fuch.	produktiver Boden
Wittweiden	18,705	"	"
	<hr/>		
	398,450	Fuch.	produktiver Boden;
mithin auf 1000 Seelen		853	Fuch. Wald,
" " die Haushaltung		4,3	" "

2. Eigenthumsverhältnisse.

Staatswaldungen	34,114	Fuch. = 8,56%
Gemeinde- und Korporationswaldungen	211,523	Fuch. = 53,09%
Privatwaldungen	152,813	Fuch. = 38,35%

3. Standortsverhältnisse.

a. Lage.

unter 2500'	von 2500 — 4000'	von 4000 — 5000'
183,296 Zuch. 46 ⁰ / ₀	162,580 Zuch. 40,8 ⁰ / ₀	50,127 Zuch. 12,6 ⁰ / ₀
über 5000'		
2447 Zuch. 0,6 ⁰ / ₀		

b. Gefäll.

mehr als 25 ⁰ / ₀	weniger als 25 ⁰ / ₀	eben
233,521 Zuch. 58,6 ⁰ / ₀	89,658 Zuch. 22,5 ⁰ / ₀	75,271 Zuch. 18,9 ⁰ / ₀

c. Exposition.

Ost.	Süd.	West.
47,532 Zuch. 12,0 ⁰ / ₀	92,570 Zuch. 23,2 ⁰ / ₀	48,063 Zuch. 12,0 ⁰ / ₀
Nord.		
135,014 Zuch. 33,9 ⁰ / ₀		

d. Klima.

Mild.	Gemäßigt.	Rauh.
58,780 Zuch. 14,8 ⁰ / ₀	259,820 Zuch. 65,2 ⁰ / ₀	61,317 Zuch. 15,4 ⁰ / ₀
Sehr rauh.		
18,533 Zuch. 4,6 ⁰ / ₀		

e. B o d e n.

Flach.	Mittel.	Tief.
135,368 Fuch. 33,98 0/0.	158,595 Fuch. 39,80 0/0.	104,487 Fuch. 26,22 0/0.

4. Wirthschaftsverhältnisse.

a. Bestandesformen.

Reine Bestände.	Gemischte Bestände.
128,641 Fuch. 33,8 0/0.	251,567 Fuch. 66,2 0/0.

b. Vorkommen der einzelnen Holzarten.

Rothtanne.	Buche.	Weißtanne.
166,265 Fuch. 44 0/0	106,347 Fuch. 28 0/0.	69,388 Fuch. 18 0/0.

Eiche.	Kiefer.	u. f. w.
11,472 Fuch. 3 0/0	11,550 Fuch. 3 0/0	

c. Betriebsarten.

Hochwälder.	Mittelwälder.	Niederwälder.
360,699 Fuch. 90,5 0/0.	4582 Fuch. 1,2 0/0.	13,236 Fuch. 3,3 0/0.

Rüthölzer.	Wittweiden.
1331 Fuch. 0,3 0/0.	18,602 Fuch. 4,7 0/0.

d. Altersklassen.

Blößen.	Jungwuchs.	Mittelwuchs.
18,242 Fuch. 4 0/0.	126,551 Fuch. 32 0/0.	142,323 Fuch. 36 0/0.
Haubar.		
111,334 Fuch. 28 0/0.		

5. Ertragsverhältnisse.

Normal-Ertrag	326,764 Klafter à 75 R'
Real-Ertrag	243,722 "
Ausfall	83,042 "

welcher sich durch rationelle Bewirthschaftung auch heben und dadurch das Nationalvermögen um ca. 20 Millionen erhöhen lassen.

Normal-Holzvorrath	15,045,670 Klafter
Wirklicher	11,805,030 "
Ausfall	3,240,640 "

der einem Waldkapital von ca. 32 Millionen entspricht und durch sorgfältige Bewirthschaftung auszugleichen ist.

Nachhaltiger Ertrag:

Staatswaldungen	24,000 Klafter à 75 R'
Gemeinde- und Korporationswaldungen	107,000 "
Privatwaldungen	82,000 "
	213,000 Klafter.

Bedarf:

an Brennholz	210,000 Klafter à 75 R'
an Bau- und Nutzholz	46,000 "
für den Holzverkehr mit den Nachbarländern	32,000 "
	288,000 Klafter.
Daherige jährliche Uebernutzung	75,000 Klafter.

Um das Gleichgewicht zwischen Produktion und Konsumtion zu sichern, wäre demnach der Verbrauch per Haushaltung um 0,8 Klafter einzuschränken oder die Beschaffenheit der Brennstoff-Surrogate zu verdoppeln oder gleichzeitig nach beiden Richtungen hin eine Ausgleichung zu machen.

Diese Thatsachen, welche durch die statistischen Aufnahmen ermittelt wurden, sprechen so deutlich, daß jeder denkende Bürger sofort den Ernst der Sachlage und die Nothwendigkeit durchgreifender Reformen im Forstwesen erkennen wird.

Sie geben aber gleichzeitig die sichersten Anhaltspunkte für die Beurtheilung der Maßregeln, welche einerseits zur Beseitigung bestehender Uebelstände und anderseits zur Anbahnung und zum Aufbau besserer Zustände in unserem Forstwesen zu treffen sind.

Zusammengestellt dürften diese Lehtern in Folgendem zu bestehen haben:

1. Das Waldareal ist gegen Verminderung zu sichern und in den Gebirgsgegenden zur Erzielung normaler Bewaldungsverhältnisse nach Kräften zu vermehren.
2. Das Waldareal ist von dem Kulturland und den Alpweiden auszuscheiden und zu vermehren.
3. Die Wittweiden und Rütthölzer sind mit ihrem Gesamtareal der Forsthoheit zu unterstellen.
4. Für die Waldungen der Gemeinden, Korporationen und Alpgenossenschaften ist an dem Grundsatz der Untheilbarkeit festzuhalten, dagegen kann die physische Theilbarkeit der Waldungen von Rechtsamgenossenschaften unter schützenden Bedingungen gestattet werden.
5. Die Befreiung der Waldungen von den auf ihnen lastenden Holznutzungsrechten, Weidrechten und Streurechten ist zu erleichtern.
6. Es sollen keine neuen Holznutzungsrechte, Weiderechte und Streurechte auf Waldungen errichtet werden.
7. Für die Privatwälder ist ein neuer Verband öffentlich rechtlicher Natur vorzusehen zur Besorgung gemeinschaftlicher Interessen.
8. Die Waldungen sollen durch sorgfältige Wirthschaft soweit möglich auf den Normalertrag gebracht werden.
9. Die Gemeinden, Korporationen und Alpgenossenschaften sind zu verpflichten, über ihre Waldungen Wirthschaftspläne, beruhend auf dem Grundsatz nachhaltiger Nutzung, aufzustellen.

10. Die Erhaltung des Waldbestandes auf den Wittweiden durch schonende Nutzung oder die Ausscheidung der Wittweiden in geschlossenen Wald und in reine Weide.
11. Die Ausscheidung der Rütthölzer in geschlossenen Wald und in Kulturland oder Weide.
12. Die Regulirung der Waldweide in allen denjenigen Waldungen wo eine vollkommene Ausscheidung von Wald und Weide nicht zulässig ist.
13. Die Einführung einer den Standortverhältnissen entsprechenden Betriebsart.
14. Eine rasche und ausreichende Aufforstung aller entholzten Flächen, richtige Wahl der Holzarten, der Bestandesform und zweckmäßige Kulturmethode.
15. Eine sorgfältige Pflege der Bestände, Reinigungshiebe, Durchforstungen &c.
16. Die Regulirung der Hauungen und die Kontrollirung der Holzbezüge.
17. Die sorgfältige Ausnutzung aller Holzsortimente.
18. Die Verbesserung der Transportanstalten, Abfuhrwege.
19. Die Einführung einer wohlgeordneten Hut durch Anstellung tüchtiger Bannwarte.
20. Die Gemeinden und Korporationen sind zu verpflichten, für die Bewirthschaftung ihrer Waldungen patentirte Forstleute anzustellen.
21. Die Waldungen der Privaten sind nach ihren Standortverhältnissen in zwei Klassen auszuscheiden: in „Hölzer“ und „Forsten.“
22. Alle Waldeigenthümer sind zu verpflichten, für rasche und entsprechende Aufforstung entholzter Flächen zu sorgen.
23. Der Handel mit Holz ist frei zu geben, dagegen sind auf dem Wege der Belehrung und Aufmunterung diejenigen Bestrebungen zu fördern, welche eine Ersparniß an Holz und eine bessere Benutzung der Holzsurrogate bezwecken.

Defrete und Verordnungen wurden in diesem Jahre keine erlassen, dagegen mehrere Kreisschreiben rein geschäftlicher Natur.

B. Forstorganisation.

Durch das Vermessungsgesetz vom 18. März 1867 wurde die Stelle eines Kantonsgeometers errichtet und diesem unter der Oberleitung der Direktion der Domänen und Forsten die technische Leitung über die Forst- und Kataster-Vermessungen, überhaupt über das ganze Vermessungswesen übertragen.

Die bisherige Stelle eines kantonalen Forstgeometers konnte demnach aufgehoben werden.

Die Stellung des Kantonsgeometers gegenüber der Forstverwaltung ist in den §§. 1—4 der daherigen Verordnung vom 25. Juli 1867 angegeben.

Andere erwähnenswerthe Veränderungen haben im Personal der Forstverwaltung keine stattgefunden.

Als Forstamtsgehülfen wurden auf eigenes Ansuchen aus ihren bisherigen Stellen entlassen:

- Herr Samuel Beetschen, Unterförster,
- „ Wilhelm Stähli, Unterförster von Burgdorf.

Die hierdurch erledigten Stellen blieben unbesezt.

Die meisten Bannwarte wurden auf 1. Oktober neu bestätigt.

Patentirt wurden im Laufe dieses Jahres als:

Oberförster:

1. Herr Adolph Grosjean von Saules,
2. „ Walther Schmid in Basel.

Unterförster:

1. Herr Friedrich Klopffstein von Laupen.

Forstgeometer:

1. Herr Joseph Wiedmer von Neuenkirch, Kanton Luzern.
2. „ Otto Gelpke in Bern.
3. „ Johann Wenger von Forst.

Der Geometerkurs unter der Leitung des Herrn Kantonsgeometer Rohr dauerte vom 22. April bis 11. Mai. Es nahmen daran Theil 11 Berner, 1 Thurgauer und 1 Ausländer, im Ganzen 13 Mann.

Die im Einverständniß mit dem Regierungsrath durch die Forstdirektion getroffene Vergünstigung bei Anschaffung von Theodolithen durch jüngere Forstgeometer wurde in ausgedehntester Weise benutzt, indem von 16 angeschafften Instrumenten bereits 13 an verschiedene Geometer unter obgenannten Bedingungen abgegeben worden sind.

Der Zentralbannwartenkurs im alten Kantonstheil fand auf der Mätti unter Leitung des Herrn Kantonsforstmeisters im Frühjahr vom 1. — 20. April und im Herbst vom 28. Oktober bis 16. November in üblicher Weise statt.

Nach bestandener Prüfung wurden patentirt:

9 Bannwarte I. Klasse.

Kreisbannwartenkurse wurden von sämtlichen Forstämtern ausgeschrieben. Wegen Mangel an Theilnehmern konnte ein solcher indeß nur im Forstkreis Oberland abgehalten werden.

C. Staatsforstverwaltung.

1. Rechtsverhältnisse.

Kantonnements sind erledigt:

a. Durch freundschaftliches Uebereinkommen:

1. Mit der Direktion des Burgerspitals von Bern für die Pfarrholz-Pension von Kirchlindach.

b. Auf gerichtlichem Wege:

1. Mit der Dorfburgerchaft Schwarzenburg für Holzberechtigung zum Unterhalt des Schloßgebäudes.
2. Mit der Direktion des Burgerspitals von Bern für die Pfarrholz-Pension von Biglen.

Kantonnements sind angebahnt:

1. Mit den Güterbesitzern von Moosaffoltern.

2. Arealverhältnisse.

a: Vermehrung des Areals der freien Staatswaldungen:
Zuch. □'

1. Zum Frienisbergwald geschlagen, ein Stück der dortigen Domäne, nämlich von Ruchiafer sammt Waltenmatt	4	12,500
2. Koppigen Pfrundwälder		
im Fengelberg 4 Zuch. 14,040'		
im Unterbach 3 „ 4,451	7	18,491
als Gegenwerth von 4 Schupposenrechten		
3. Zum Erlacher Staatswald geschlagen und aufgeforstet, das Nebel zum St. Johannsen-Gut gehörend	3	—
4. Zum Loppwald zur Arrondirung erworben:		
ein Stück Land — Zuch. 37,200'		
eine kleine Waldparzelle — „ 37,000'		
ein weiteres Stück Land 1 „ 15,000'		
an Weidland und Wald 22 „ 14,500'	25	23,700
5. Zum Gridenwald im Oberhasle, zur Arrondirung von der Bäuertgemeinde Messenthal gekauft	14	10,000
6. Zum Nebnitwald im Oberhasle, an Land und Waldung zur Arrondirung von den Erben Nägeli	7	—
7. Zum Längeneiwald gekauft, von Nikolaus Messerli die Hoffstetlern und Vogelbachvorfaß 43 Zuch. 30,000'		
von Johann Langenegger, im Zigergraben — „ 20,000'	44	10,000
8. Zum Hirssetschwendiwald im Ober-Emmenthal gekauft von Samuel Ebersold und Wirth. ein Stück von der vordern Stauffen Alp	100	—
9. vom Huttwohl Meyherthumswald durch Theilung und Vergleich als Gegenwerth für ein Brennholzrecht	9	20,000
10. vom Schwarzenburg Dorfbähni, durch gerichtliches Kantonnement, als Gegenwerth einer Holzberechtigung	—	21,880
Zusammen	215	36,571

Uebertrag :

Zuch.	□'
215	36,571
4	12,500
211	24,071

b. Verminderung des Areal's.

1, Vom Frienisberigwald zur dortigen Domäne geschlagen als Equivalent vom Kuchiafer, das sog. Fu chienloch-Wäldchen

Vermehrung des Areal's der freien Staatswaldungen:

c. Arrondirung der Staatswaldungen.

Projekt betreffend Veräußerung von 36 kleinern Waldzellen.

Bereits bei der Aufstellung des nunmehr sanctionirten Wirthschaftplanes über die freien Staatswaldungen, hatte sich die unterzeichnete Direktion die Frage aufgeworfen, ob es nicht zweckmäßig wäre, die in den verschiedenen Forstkreisen zerstreut liegenden, meist durch Kantonnemente erhaltenen, der Fläche und dem Ertrage nach, gleich unbedeutenden Waldparzellen zu verkaufen und aus deren Erlös größere Waldungen zu arrondiren.

Deßhalb erging schon im Oktober 1864 an die Forstämter die Weisung, diejenigen kleinen Waldparzellen, die ohne Nachtheil veräußert werden könnten, nicht in den Wirthschaftsplan aufzunehmen, dagegen dieselben einer einläßlichen Untersuchung zu unterstellen und die erforderlichen Angaben hauptsächlich mit Bezug auf die Ertragsverhältnisse einzuberichten.

Wie zu erwarten war, erzeugte sich bei näherm Eintreten auf den Gegenstand, daß die Annahme der Unrentabilität solcher Waldparzellen keineswegs irrig war, vielmehr fiel das Ergebniß noch ungünstiger aus, als vorausgesetzt wurde und nahm die Direktion daher keinen Anstand, in einem sorgfältig ausgearbeiteten Vortrag an den Regierungsrath die Zweckmäßigkeit einer Veräußerung nachzuweisen und den Verkauf von folgenden 36 Parzellen zu beantragen:

Forstkreis.	Gemeindebezirk.	Name des Waldes.	Flächeninhalt:		
			Gesamt	Produktiv.	
			Zuch.	□Pz.	Zuch. □Pz.
Oberland:	Hasleberg Grindelwald Wilderswyl Reichenbach "Frutigen "Randergrund	Spycherfluhwald	30	200	30 200
		Petronellenwald	2	142	2 20
		Steinschlagwald	20	—	13 200
		Neudlenwald	4	80	4 80
		Weferzwald	20	—	20 —
		Randerbruggwald	4	200	4 200
		Hasliwald	7	—	7 —
		Neutenwald	21	200	21 200
			110	22	103 100
Thun:	Dießbach Wichtrach Zweifimmen "Dientigen "Wimmis "	Dießbach, Pfundwäldchen	12	173	12 123
		Wichtrach "	5	143	5 143
		Mosenriedwäldchen	7	—	7 —
		Altenriedwäldchen	4	100	4 100
		Mühleportwäldchen	5	82	5 82
		Rehrhölzlein	9	286	9 286
		Dientigsaunen	18	200	11 —
		Längeweidwäldchen	6	197	6 197
		Saagemooswäldchen	7	92	7 92
			76	73	68 223

Mittelland:	Köniz "	Ruhschattenwald Bütschalerwald	16	50	16	50
			—	385	—	330
Emmenthal:	Nuttwil Roppigen " "	Nuttwil, Brundwäldchen Fengelberg Unterholz Feuerstattwald	17	35	16	380
			10	189	10	189
			4	140	4	140
			3	44	3	44
			—	152	—	152
Seeland:	Port Rappelen "Rapperswil	Kanton. Staatsantheil Rappelenwald Fischengrien Zimlisbergwald	18	125	18	125
			7	—	7	—
			20	—	20	—
			14	—	2	—
			2	300	2	300
			43	300	31	300

Im Weiteren ergab sich für diese Wälder :

Der gegenwärtige Holzvorrath	6222	Normalflaster.
Die Grundsteuerschätzung.	53,440	Franken.
Der Kapitalwerth	99,600	"
Der muthmaßliche Erlös	148,100	"

Ohne Zweifel wird dieser letztere in Wirklichkeit bedeutend größer ausfallen, indem bei derartigen Waldverkäufen die Liebhaberpreise hauptsächlich influenziren; indeß wird es immerhin zweckmäßiger sein, bei dem ohnehin allgemein fühlbaren Geldmangel und den gegenwärtig sehr tief stehenden Holzpreisen den Verkauf dieser Parzellen keineswegs auf einmal und in der nächsten Zeit, sondern successive, mit Berücksichtigung aller auf den Werth derselben influenzirenden Zufälligkeiten stattfinden zu lassen.

3. Wirthschaftsverhältnisse.

Die Erstellung guter Waldwege hat bekanntlich neben einer Masse sonstiger Vortheile, als da sind: Erleichterung der Forstgeschäfte, Zeitersparniß, Beschränkung um sich greifender Waldbrände und Verminderung von Unglücksfällen u. s. w., hauptsächlich eine Erhöhung des Waldertrages zur Folge, weil durch leichte und sichere Abfahrt der Waldprodukte mehr Käufer herbeigezogen und bessere Holzpreise erzielt werden.

Um einen Ueberblick der nothwendigen Bauten zu erhalten und um einen Rang bezüglich der Ausführung aufstellen zu können, wurde mit möglichster Berücksichtigung aller darauf Bezug habenden Einflüsse ein vollständiges Wegnetz ausgearbeitet, nach welchem für die Zukunft in sämtlichen Staatswäldungen sowohl Neubauten als auch größere Korrekturen systematisch durchgeführt werden sollen.

Nach der hiezu gemachten Zusammenstellung sind in 81 Staatswäldern theils neue Weganlagen, theils größere Korrekturen vorzunehmen und zwar von erstern 147,509 Lauffuß und von letztern 109,110 Lauffuß.

Die hiedurch entstehenden Kosten sind veranschlagt :

a. Für die neuen Weganlagen auf circa	Frkn. 65,600
b. " " größern Korrekturen " "	" 31,000

Sirka Fr. 96,600

Die Holzmasse welche während der nächsten 20 Jahre geschlagen und deren Transport durch diese Wegbauten erleichtert werden soll, beträgt :

im ersten Jahrzehnt	63,183	Normalflaster à 100	R'
" zweiten	71,258	"	"
zusammen	134,441	Normalflaster à 100	R'

Der Mehrerlös aus diesem Holze, der im Vorwerth beigezählte Mehrwerth der später zum Hiebe kommenden Massen, sowie Vermeidung von Waldschaden, Erleichterung der Hut und sogar theilweise Mehrung des Zuwachses sind nach sorgfältigen Erhebungen auf Fr. 219,900 geschätzt worden.

Ueber alle diese Daten giebt die folgende Tabelle die deutlichste Uebersicht:

Forstkreis	Neue Anlagen.		Größere Korrekturen.		Gesamtkosten.
	Länge.	Kosten.	Länge.	Kosten.	
	Fuß.	Fr.	Fuß.	Fr.	Fr.
Oberland	40,413	20,510	24,960	4910	25,420
Thun	31,500	9120	23,900	9900	19,020
Mittelland	25,108	12,500	5200	2050	14,550
Emmenthal	9600	6580	32,500	11,100	17,680
Seeland	13,300	6740	19,300	2600	9340
Erguel	12,840	3180	2650	260	3440
Pruntrut	14,718	6970	600	180	7150
Total	147,509	65,600	109,110	31,000	96,600

Daraus erzeigt sich, daß alle diese Wegbauten nicht nur durch den Gesamtmehrwerth der Waldungen, sondern bereits durch den des Holzes der I. Periode, welcher auf Fr. 168,500 veranschlagt ist, mehr als vollständig gedeckt werden, d. h. in 20 Jahren können nicht nur die Wegbauten von Fr. 96,600 durch den Mehrerlös aus dem geschlagenen Holze zurückbezahlt, sondern es wird überdieß noch eine Mehreinnahme von Fr. 67,600 erhältlich sein.

Dieses überaus günstige Resultat beruht keineswegs, wie man auf den ersten Anblick vielleicht vermuthen könnte, auf zu hoch geschraubten Erwartungen bezüglich der Erhöhung der Holzpreise, gegentheils erzeigt sich aus der durchschnittlich per Raumkaster nicht höher als Fr. 1 angenommenen Preisvermehrung deutlich genug, daß für den bevorstehenden Voranschlag des Mehrwerthes ein sehr bescheidener Maßstab angelegt wurde.

Eine rasche Ausführung dieser Wegbauten wäre nun zwar im

Holznutzung im		Schätzung des Mehrwerthes des		Netto-Mehrwertb des	
I.	II.	Holzes im	Waldes	Holzes im	Waldes,
Dezennium.	Dezennium.	I. und II. Dezennium.	und des Holzes.	I. und II. Dezennium.	das Holz inbegriffen.
Al.-Klafter.	Al.-Klafter.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
6231	10,305	40,100	54,500	14,680	29,080
13,564	13,676	33,300	40,000	14,280	20,980
3121	4382	18,100	30,500	3550	15,950
11,088	13,452	35,400	42,900	17,720	25,220
9827	8626	11,700	16,500	2360	7160
10,102	9393	9800	11,600	6360	8160
9250	11,424	20,100	23,900	12,950	16,750
63,183	71,258	168,500	219,900	71,900	123,300

Interesse des Holzverkaufes sehr wünschenswerth, da aber eine Vermehrung des jährlichen Kredites von Fr. 10,000 nicht in Aussicht steht und überdieß noch für den Unterhalt der bereits bestehenden Wege jährlich Fr. 3000 abgehen, so bedarf man zur Ausführung des projektirten Wegnetzes ungefähr 15 Jahre.

Aufforstungen, Saat und Pflanzschulen.

Da es einiges Interesse bietet, zu ersehen, was mit Bezug auf Aufforstungen in den Staatswaldungen gegangen sei, wie viel Pflanzen hiezu verwendet und welche Kosten dadurch verursacht wurden, da ferner auch Angaben über den Samen und Pflanzenverbrauch, sowie die daherigen Auslagen nicht unwichtige Vergleiche gestatten und schließlich auch der Netto- sowie der Gesamt-Erlös hieraus die geeignetsten Anhaltspunkte für deren Nützlichkeit in dieser Richtung zu liefern im Stande sind, so finden sich alle hierüber gemachten Erhebungen zusammengestellt, wie folgt:

Forstkreis.	Flächeninhalt.	Aufforstungen.				
		Samen.	Pflanzen.	Kosten.		
	Juch.	℥	Stück.	Fr.	Rp.	
Oberland	34	20	64,363	1890	45	
Thun	65	.	116,320	2992	60	
Mittelland	101	.	254,462	4669	72	
Emmenthal	82	649	253,671	3823	79	
Seeland	32	78	103,917	1390	67	
Erguel	20	33	16,070	390	95	
Bruntrut	46	167	71,050	1382	20	
Total	380	947	879,853	16,540	38	

Es verursachten somit die in den verschiedenen Forstkreisen während des Jahres 1866/67 ausgeführten Aufforstungen in Staatswaldungen durchschnittlich per Jucharte folgende Kosten mit Inbegriff der Pflanzenwerthe :

Oberland.	Thun.	Mittelland.	Emmenthal.	Seeland.	Erguel.	Bruntrut.
Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
55. 60	46.04	46. 23	46. 63	43. 45	19. 55	30. 05

Saat- und Pflanzschulen.				Ertrag der Saat- und Pflanzschulen.					
Samen.	Verschulung.	Kosten.		Anschlagpreis der verschul-ten Pflanzen.		Netto-Erlös durch Pflan-zenverkauf.		Summa.	
℥	Stück.	Fr.	Rp.	Fr.	Rp.	Fr.	Rp.	Fr.	Rp.
228	114,165	1561	55	322	—	270	75	592	75
340	467,098	2368	—	1009	20	668	26	1677	46
301	381,750	1982	13	987	52	634	65	1622	17
789	148,705	1710	35	1500	50	2203	37	3703	87
226	98,300	1102	89	715	42	1057	44	1772	86
67	21,870	327	90	82	—	75	93	157	93
182	201,000	1124	45	385	—	1091	—	1476	—
2133	1,432,888	10,177	27	5001	64	6001	40	11,003	04

Es wurden Pflanzen verkauft:

Durchschnittlicher jährlicher Gelbertrag.

in den Jahren	1831—1840	.	.	Fr. 168. 37
" "	1841—1850	.	.	" 1365. 70
" "	1851—1860	.	.	" 4225. 08
" "	1861—1866	.	.	" 5969. 13
" "	1867	.	.	" 6001. 40

Tarif für zu verkaufende Waldpflanzen.

Nicht verschulte. Verschulte,
für im Kanton.

Rothtannen, Weißtannen, Dählen, pro 1000 Stück	Fr. 4.	Fr. 6.
Lärchen	" 6.	" 10.
Weimuthskiefer	" 10.	" 15.
Arven	" 20.	" 30.
Buchen, Ahornen, Erlen, Ulmen, Birken, Roß- kastanien Götterbaum &c.	" 10.	" 15.

Da hin und wieder aus den Saatschulen des Staates ein- und zweijährige Pflanzen zum Verschulen an Gemeinden und Korporationen verkauft werden, so wurde der bisherige Tarif für unverschulte Pflanzen dahin vervollständigt, daß 1000 Stück einjährige Fr. 3 und die zweijährigen Fr. 2 unter dem vorgeschriebenen Tarif für die unverschulden 3—4jährigen Pflanzen abgegeben werden sollen.

An dem durch den Wirthschaftsplan festgestellten jährlichen Etat von 18,000 Normalklasten wurde auch dieses Jahr strengstens festgehalten.

Derselbe vertheilt sich folgendermaßen unter die 7 Forstkreise:

Oberland	900 Normalklasten.	Erguel	3000 Normalklf.
Thun	2100 "	Pruntrut	3400 "
Mittelland	2700 "		6400 "
Emmenthal	3700 "		
Seeland	2200 "		
	11,600 "		
Alter Kanton	11,600 Normalklasten		
Neuer Kanton	6400 "		
	18,000 Normalklasten		

Die Durchschnittspreise des verkauften Holzes betragen:

Jahr.	Brennholz.		Bauholz. per Kubikfuß.
	Raumklasten. zu 75 K'	Normalklasten. zu 100 K'	
	Fr. Rp.	Fr. Rp.	Rp.
1859	18. 96	25. 28	40,8
1860	18. 43	24. 57	43,0
1861	18. 20	24. 27	47,0

Jahr.	Brennholz.		Bauholz.
	Raumflaster.	Normalflaster.	per Kubiffuß.
	zu 75 R' Fr. Rp.	zu 100 R' Fr. Rp.	Rp.
1862	17. 52	23. 36	45,2
1863	17. 43	23. 34	46,6
1864	18. 43	24. 57	46,7
1865	18. 80	25. 07	45,1
1866	18. 28	24. 37	40,9
1867	18. 36	24. 48	43,0

Bau- und Brennholzpreise sind somit während des Jahres wieder etwas in die Höhe gegangen.

Selbstverständlich variiert der durchschnittliche Holzerlös in den einzelnen Forstkreisen nicht unmerklich, worüber nachstehende Tabelle Auskunft ertheilt.

Durchschnittliche Holzpreise in den verschiedenen Forstkreisen:

	Brennholz		Bauholz	Lohrinde.	Durchschn.
	Raumflstr.	Normalflstr.	pr. Kubiffuß.	pr. Klstr.	v. Brennholz und Bauholz.
	zu 75 R' Fr. Rp.	zu 100 R' Fr. Rp.	Rp.	Fr. Rp.	Fr. Rp.
Oberland	21. 85	28. 33	32, 58	—. —	29. 01.
Thun	17. 08	22. 78	43, 11	—. —	30. 62
Mittelland	16. 99	22. 65	47, 37	—. —	32. 22
Emmenthal	19. 36	25. 82	47, 69	94. 19	32. 99
Seeland	19. 29	25. 72	47, 58	95. 01	31. 35
Erguel	17. 34	23. 13	34, 78	—. —	26. 72
Pruntrut	16. 70	22. 26	36, 50	—. —	25. 72
Kanton	18. 36	24. 48	43, 00	94. 78	30. 16

Im alten Kanton:

Brennh. durchschnittl. Fr. 25. 97,
Brennholz " Fr. 47. —,

Im Jura:

Brennh. durchschnittl. Fr. 22. 70
Bauholz " Fr. 35. —

Es erzeigt sich hieraus, daß bezüglich der Holzpreise der alte Kanton bedeutend über dem Jura steht, indem der Unterschied im Brennholz per Klafter Fr. 3. 27, im Bauholz per Kubiffuß Fr. — 12 Rp. beträgt.

Die höchsten Brennholzpreise aller Forstkreise zeigt das Oberland und die höchsten Bauholzpreise kommen vor im Mittelland, Emmenthal und Seeland.

Die niedrigsten Brennholzpreise hat der Forstkreis Bruntrut und die niedrigsten Bauholzpreise das Oberland.

Ueber nachstehende Staatswaldungen sind bis jetzt Neuvermessungen nach der Instruktion vom 10. August 1860, welche für die geometrische Aufnahme die Polygonal-Methode vorschreibt, angeordnet und vergeben worden.

Als Examenarbeit:

a. Forstkreis Thun: Eggknobel, Ebersoldweid, Einigen-Kandergien. b. Forstkreis Mittelland: Kommenthurenwald, Löhrenwald, Löhli-Bergwald, Nettligen-Buchwald, Wohlen-Pfrundwald, Bümpliz-Pfrundwald, Eriholz-Grittwald, Fabernwald, Hattenberg, Lannwald, Allenlüften, Heugraben. c. Forstkreis Emmenthal: Wyliwald, Karthäuserwald, Bätterkinden-Pfrundwald, Hirseren, Bischoff- und Twingliwald, Buchhof, Schmidwald, Arnwald und Weiden, Ruchwald, Bärenried und Schwandenberg. d. Forstkreis Seeland: Längholz, Herrenwald.

Im Ganzen 28 Waldungen mit zirka 2850 Zucharten.

Im Afford:

a. Forstkreis Oberland: Großer Rugen, Kleiner Rugen, Bärenlauiwald, Saretten-Rechtsamwald. b. Forstkreis Mittelland: Mühleberg Stiftwald, Längenei mit Weide, Gibelegg, Schönenboden, Frieswylgrabenwald, Laupenwald, Laupenau. c. Forstkreis Emmenthal: Altisberg, Thorbergwaldungen.

Im Ganzen 12 Waldungen mit zirka 2800 Zucharten.

Im Ganzen sind demnach in 40 Staatswaldungen über 5650 Zuch. Neuvermessungen angeordnet, von denen 4350 Zucharten fertig vermessen und 1300 Zucharten in Arbeit bleiben, nämlich die neu angekauften Längeneiweiden, ferner Gibelegg, Schönenboden, Schwarzenberg, Thannwald, Heugraben, Frieswylgraben, Laupenwald, Laupenau, Hasli und Biglenwald und das Einigen Kandergien.

Die Kosten der Vermessungen im Afford betragen durchschnittlich per Zucharte Fr. 2. —, während diejenigen der Examenarbeiten nur mit Fr. 1. 50 honorirt werden.

4. Rechnungsverhältnisse.

Die Rechnung der Staatsforstverwaltung vom 1. Oktober 1866 bis 30. September 1867 weist folgende Ergebnisse nach:

Einnahmen:

	Normalflaster.	Fr.	Rp.
Holzschlag aus freien Staatswaldungen .	18,001. —	569,294.	68
Staatsantheil aus Rechtsamewaldungen .	23. 2	785.	30
zusammen:	18,024. 2	570,079.	98
davon gehen ab:			
Die Lieferungen an Berechtigte, Armenholz etc.	874. 1	20,559.	95
bleiben:	17,150. 1	549,520.	03
Die Nebennutzungen steigen an auf .	—.	36,988.	04
		586,508.	07

Ausgaben:

	Fr.	Rp.
Kosten der Centralverwaltung . . .	6,893.	09
Kosten der allgemeinen Forstverwaltung	38,497.	80
	45,390.	89
Wirthschaftskosten, Kulturen, Küstlöhne, Hutlöhne . . .	153,979.	36
Staats- und Gemeindeabgaben . . .	33,077.	83
Verschiedenes	5420.	31
Wirthschaftertrag		348,639. 68

Gegenüber dem Budget ein kleiner Mehrertrag von Fr. 1639. 68

Für die Veränderungen im Kapitalwerth der Staatswaldungen wird auf nachstehende Tabelle verwiesen:

Amtsbezirksweise Zusammenstellung der Kapitalſchätzungen ſämmtlicher Staatswäldungen.

Amtsbezirk.	Beſtand der Forſten auf 1. Januar 1867.		Zuwachſ.		Abgang.		Beſtand der Forſten auf 1. Januar 1868.	
	Fläche.	Schätzung.	Fläche.	Schätzung.	Fläche.	Schätzung.	Fläche.	Schätzung.
	Juch.	Fr.	Juch.	Fr.	Juch.	Fr.	Juch.	Fr.
Narberg	1258	888,628	4	2876	4	4320	1258	887,184
Narwangen	788	807,512	788	807,512
Bern	1216	821,729	1216	821,729
Büren	77	66,393	77	66,393
Burgdorf	1511	1,135,208	7	4070	.	.	1518	1,139,278
Delsberg	3387	1,284,203	3387	1,284,203
Erlach	568	580,019	3	507	.	.	571	580,526
Fraubrunnen	1075	1,003,849	1075	1,003,849
Frutigen	436	49,887	436	49,887
Interlaken	2077	585,209	2077	585,209
Konolfingen	2037	1,103,241	26	10014	.	.	2063	1,113,255
Laufen	1312	468,653	1312	468,653
Laupen	790	410,792	790	410,792
Münſter	4574	1,776,851	4574	1,776,851
Nidau	749	718,756	749	718,756
Oberhaſle	295	63,175	21	8500	.	.	316	71,675
Puntrut	1634	652,180	1634	652,180
Saanen	126	22,377	.	500	.	.	126	22,877
Schwarzenburg	1374	625,437	45	10244	.	2400	1419	633,281
Seftigen	743	729,434	743	729,434
Signau	981	423,354	100	23500	.	.	1081	446,854
Niedersimmenthal	1008	260,332	1008	260,332
Obersimmenthal	789	185,764	789	185,764
Thun	530	222,788	530	222,788
Trachſelwald	656	488,932	10	6380	.	.	666	495,312
Wangen	175	122,877	175	122,877
Total	30166	15,497,580	216	66,591	4	6720	30378	15,557,451

der Kapitalesschätzungen sämtlicher Staatswaldungen.

Forstkreise.	Bestand der Forsten auf 1. Januar 1867.		Zuwachs.		Abgang.		Bestand der Forsten auf 1. Januar 1868.	
	Fläche.	Schätzung.	Fläche.	Schätzung.	Fläche.	Schätzung.	Fläche.	Schätzung.
	Zuch.	Fr.	Zuch.	Fr.	Zuch.	Fr.	Zuch.	Fr.
Oberland	2807	698,271	21	8500	—	—	2828	706,771
Thun	3890	1,314,349	126	34,014	—	—	4016	1,348,363
Mittelland	4123	2,587,392	45	10,244	—	2400	4168	2,595,236
Emmenthal	5787	4,461,885	17	10,450	—	—	5804	4,472,335
Seeland	2652	2,253,796	7	3383	4	4320	2655	2,252,859
Nter Canton	19,259	11,315,693	216	66,591	4	6720	19,471	11,375,564
Arguel	4574	1,776,851	—	—	—	—	4574	1,776,851
Pruntrut	6333	2,405,036	—	—	—	—	6333	2,405,036
Neuer Canton	10,907	4,181,887	—	—	—	—	10,907	4,181,887
Total	30,166	15,497,580	216	66,591	4	6720	30,378	15,557,451

D. Forstpolizei-Verwaltung.

Waldtheilungen unter Berechtigte sind keine neuen vorgekommen.
 Es wurden zur bleibenden Urbarmachung bewilligt 101 Juch. 30,216□'
 dagegen nach § 3 des Gesetzes wieder angepflanzt 60 „ 32,969□'

Die Verminderung des Areal's beträgt somit . 40 Juch. 37,297□'

Als Aequivalent wurden an Ausreutungs-
 gebühren bezogen Fr. 5,034. 60
 an solchen waren noch verfügbar auf 1. Okt.
 tober 1866 Fr. 31,223. 56

Zusammen Fr. 36,258. 16

Im laufenden Jahre wurden zu forstpolizeilichen
 Kulturen verwendet:

in freien Staatswaldungen Fr. 4373. 25.
 in Rechtsamenwaldungen „ 231. 60.
 im Gebiet der Brienzer
 Wildbäche . . . „ 6000. — Fr. 10,604. 85

Bleiben verfügbar Fr. 25,653. 31

Verzeichniß

der im Forstjahr 1867 (1. Oktober 1866 bis 30. September 1867)
ertheilten bleibenden Ausreutungsbewilligungen.

Amtsbezirke.	Bewilligungen	Bleibend auszureuten bewilligt.		Gegen			
				andere Anpflanzung.		Gebühr.	
		Such.	□'	Such.	□'	Fr.	Rp.
Narberg	4	7	30,934	—	—	621	85
Narwangen	1	2	22,400	2	22,400	—	—
Bern	4	18	36,884	40	4500	119	80
Büren	1	—	27,222	—	—	54	45
Burgdorf	5	3	7910	1	6900	162	05
Fraubrunnen	4	10	19,508	—	—	39	05
Konolfingen	3	3	22,106	—	—	284	45
Laupen	8	10	21,883	—	24,660	819	25
Nidau	2	2	8807	3	5750	—	—
Schwarzenburg	3	5	692	—	—	401	40
Sestiger	3	5	18,135	3	16,000	164	30
Signau	3	3	15,802	1	6038	179	55
Nieder-Simmen- thal	1	—	10,100	—	—	20	20
Thun	3	2	37,659	1	33,305	88	70
Trachselwald	1	4	3248	5	2200	—	—
Wangen	5	20	26,872	1	31,216	1511	55
Summa auszureuten bewilligt		101	30,216			5266	60
" gegen andere Anpflanzungen		60	32,969				
Es wurden mehr aus- gereutet		40	37,247				
Druck- und Büreaufkosten, durch die Waldausreutungen veranlaßt						232	—
Bleibt Ertrag in 1867 zu forstpolizeilichen Waldfultu- ren bestimmt						5034	60

Zusammenstellung der von 1832—1867 bewilligten Waldausreitungen, nach Abzug der als Aequivalent dagegen vorgenommenen anderweitigen Waldanpflanzungen.

Von 1832—1856 durchschnittlich jährlich 232 Zucharten.

„ 1857—1866	„	„	70	„
„ 1867	„	„	41	„

Es steht somit in diesem Jahre die zur Ausreitung bewilligte Fläche um ein Bedeutendes unter dem Durchschnitt aus den vorhergegangenen Jahren und weist nach, daß die Waldausreitungen sehr im Abnehmen begriffen sind. Bringt man die vom Staate aufgeforsteten Weiden mit in Rechnung, so zeigt sich daß während der letzten 10 Jahren das Waldbareal nicht vermindert, sondern gegentheils vergrößert wurde.

Wirthschaftspläne für Gemeinde- und Korporations-Waldungen.

Vom Regierungsrath wurden im Wirthschaftsjahr 1867 genehmigt die Wirthschaftspläne folgender Gemeinden:

Arch Burgergemeinde, Belprahon Burgergemeinde, Bern Privatblindenanstalt, Bern Insektorporation, Châtelat Burgergemeinde, Corban Burgermeinde, Court Burgergemeinde, Langenthal Burgergemeinde, Laufen-Vorstadt Burgergemeinde, Meinißberg Burgergemeinde, Nidau Burgergemeinde, Saules Burgergemeinde, Schüpfen Burgerkorporation, Thun Burgergemeinde, Treiten Einwohnergemeinde, Tüscherz und Allfermee Burgergemeinde, Wangenried Burgergemeinde.

Zusammen 17 Gemeinden mit 8008 Zucharten.

In Ausführung sind die Waldungen folgender Gemeinden:

Narwangen, Bassecourt, Bressaucourt, Belp, Bözingen, Bévillard, Bourrignon, Buir, Bleienbach, Champoz, Corcelles, Cormoret, Courfaivre, Courtetelle, Courtelary, Courroux, Dachselden, Därligen, Diesse, Eder-
schwyl, Epiquerez, Erlach, Ersigen, Gampelen, Genevez, Gals, Gondiswyl, Grellingen, Kallnach, Lengnau, Lohwyl, La Tour, Lhß, Lhßach, Monvelier, Monible, Montsevelier, Müntschemier, Malleray, Nenzlingen, Neuenstadt, Nods, Noirmont und les Bois, Oberbipp, Orvin, Perrefitte, Renan, Roggwyl, Rüttschelen, Safneren, Seedorf, Cornetan, Souboz, Thörigen, Tschugg, Unterseen, Bauffelin, Vermes, Bique, Wynau.

Zusammen 57 Gemeinden mit circa 36,775 Zucharten.

Eingeleitet und in Untersuchung:

Alle, Attiswyl, Boncourt, Breuleux, Brügg, Bunschen, Charmoille, Chatillon, Courchavon, Courtedour, Dampfreux, Dambant, Delsberg, Enfers, Epauvillers, Fontenais, Fregécourt, Goumois, Gurnigelwald, Hintereggen, Laupen, Ligerz, Lügnez, Madiswyl, Mettenberg, Miécourt, Montabon, Montfaucon, Montfabergier, Mullen, Muriaux, Niederbipp, Oberwyl (Nieder-Simmenthal), Oberhofen, Reuchappattes, Pfaffenried, Plagne, Pleigne, Pleujouse, Pommerat, Pontenet, Bruntrut, Rébevelier, Rebeuvelier, Rossemaison, Roches, Röschenz, Rüscheegg, Saignelegier, Schwarzhäusern, Scheuren und Meienried, Seleute, Soubey, Sorbiller, St. Ursanne, Thunstetten, Tramelan-dessous, Undervelier, Waldried, Wimmis, Wattenwyl.

Zusammen 62 Gemeinden mit ca. 31,730 Fucharten.

Folgende Gemeinden sind in der Vermessung begriffen:

a. Forstkreis Oberland: Unterseen, Därligenwaldungen. b. Forstkreis Mittelland: Belp Burgerwaldungen, Laupen, Wattenwyl, Gurnigel Gemeindswald. c. Forstkreis Seeland: Safneren Burgerwald, Kallnach Burgerwald. d. Forstkreis Emmenthal: Roggwyl, Narwangen, Oberbipp, Niederbipp, Wynau, Lozwyl, Madiswyl, Rütshelen, Bleienbach, Großhöchstetten und Bäziwyl.

Im Ganzen 18 Gemeinden mit beiläufig 10,000 Fucharten die sämtlich noch in Vermessung d. h. noch nicht definitiv abgegeben und anerkannt sind.

Zusammenstellung

der im Jahr 1867 erteilten Holzschlags- und Ausfuhrbewilligungen
im alten Kantonstheil.

Amtsbezirke	Brennholz		Bauhölzer	Sagbölzer	Eichen	Nutzbölzer
	Buchen	Tannen				
	Klafter	Klafter	Stück	Stück	Stück	Stück
Narberg	.	.	200	.	53	.
Narwangen	.	.	2915	.	.	.
Bern	.	.	3730	.	.	.
Büren
Burgdorf	250	35	5508	.	70	.
Erlach
Fraubrun-	.	50	1005	.	348	100
nen	.	50
Frutigen	.	.	675	.	.	.
Interlaken	15	.	11,457	.	.	723
Könolfingen	.	.	570	.	.	.
Laupen
Nidau	.	530	400	.	.	20
Oberhasle	.	.	4500	.	.	.
Saanen
Schwarzen-	.	.	195	.	.	.
burg	.	.	3466	.	.	.
Seftigen	.	.	15,400	400	.	2500
Signau	60	330
Obersim-	.	.	1895	.	.	.
menthal	.	.	560	.	.	.
Niedersim-	.	.	4750	225	.	.
menthal	.	100
Thun	.	.	2010	.	.	.
Trachsel-	.	.	1030	.	.	.
wald
Wangen	12	10
Total	337	1105	60,266	625	531	3343

Die Rechnung der Forstpolizeiverwaltung ergibt:

An Ausgaben	Fr. 32,811. 86
-------------	----------------

„ Einnahmen	„ 10,605. 75
-----------------------	--------------

Mehrausgaben Fr. 22,206. 11

Mehr als das Budget „ 7,206. 11

Verzeichniß
der Forstpolizei-Straffälle im Forstjahr 1867.

Amtsbezirke.	Zahl der Straffälle	Gesprochene Bußen.	
		Fr.	Rp.
Narberg	328	1516	95
Narwangen	188	1397	—
Bern	1024	3879	20
Biel	65	307	29
Büren	143	960	—
Burgdorf	160	1169	—
Courtellary	63	722	35
Delsberg	118	860	75
Erlach	25	143	—
Fraubrunnen	151	685	90
Freibergen	45	506	30
Frutigen	8	52	—
Interlaken	198	695	40
Konolfingen	132	632	45
Laufen	58	141	80
Laupen	240	635	—
Münster	88	810	45
Neuenstadt	35	593	94
Nidau	105	614	40
Oberhasle	108	389	50
Pruntrut	137	882	15
Saanen	1	2	—
Schwarzenburg	103	456	—
Sestigen	226	1024	—
Signau	31	281	—
Nieder-Simmenthal	137	455	75
Ober-Simmenthal	22	95	75
Thun	565	2214	40
Trachselwald	55	227	50
Wangen	78	474	50
Total	4637	22,825	73

Zum Schlusse verdient hier noch erwähnt zu werden, daß die Forstdirektion im Laufe dieses Jahres von der Tit. Erbschaft des im Jahr 1865 verstorbenen alt Stadtoberförster, Herr Alexander Marcuard von Bern eine ansehnliche Sammlung forstlicher und naturwissenschaftlicher Werke zum Geschenk erhalten hat.

Mit Hülfe dieser und der bereits vorhandenen Werke konnte dann auch der Grundstein zu einer eigentlichen Forstbibliothek gelegt werden und steht zu erwarten, daß bei sorgfältiger Answahl neuer Anschaffungen nach und nach ein ganz interessantes und lehrreiches Material gesammelt und zur Disposition gestellt werden kann.

Laut Katalog zählt die Forstbibliothek zur Zeit 285 Bände mit einem Schätzungswerth von Fr. 3100. Sie kann von Jedermann benutzt werden, der ein einmaliges Eintrittsgeld von Fr. 2. — bezahlt und sich in die Bibliothekkontrolle eintragen läßt. Der Inhaber eines bernerischen Försterpatentes, die Mitglieder des kantonalen Forstvereins und die Bannwarte werden unentgeltlich eingetragen. Schon jetzt erfreut sich die Sammlung eines ziemlich zahlreichen Zuspruches und soll dieselbe nach Maßgabe der verfügbaren Kredite mit der Zeit vermehrt und ergänzt werden.

II. Domänenverwaltung.

A. Allgemeine Verwaltung.

Die in diesem Jahre vorgekommenen Veränderungen im Areal- und Kapitalbestand der Domainen sind in nachstehender Zusammenstellung ersichtlich.

V e r m e h r u n g.

Kapital-Schätzung.
Fr. Rp.

1.	Durch Abtretung des abgeholzten „Fuchsenloches“ zu der Frienisberg-Domäne	4,320.	29
2.	Wiederaufnahme des im Jahr 1849 irrig als verkauft abgeschriebenen Zollackers zu Narwangen	1,970.	—
3.	Getrennte Einschätzung des Staatsantheils am Chor der französischen Kirche in Bern, wegen bedeutenden Bauten zu Schulzwecken erhöht auf Fr. 40,000	29,565.	22
4.	Das neue Gefangenschaftsgebäude zu Frutigen, affekurirt um	41,000.	—
5.	Sämmtliche Staatsgebäude des Amtes Interlaken werden theils neu affekurirt, theils neu benannt und numerirt, wodurch sie einen Zuwachs erhalten von	123,313.	—
6.	Zum Gefangenschaftsgebäude in Saanen angekauft Brunnwasser für	197.	—
7.	Das neue Ofenhaus zur Amthausdomäne in Langnau war versichert um Fr. 2,500 das abgebrochene Alte nur um Fr. 724. 64	1,775.	36
8.	Ein eingetaushtes Stück Neben zu Spiez	1,270.	—
9.	Infolge Abtretung der Einwohnergemeinde Huttwil ist das dortige Pfarrhaus vom Staate übernommen worden	14,500.	—
10.	Gegen das Allmendrecht der Pfarre Oberbipp war eingetauscht ein Stück Land auf der Holzallmend zu Oberbipp, die Pfrundreuti genannt von 19,350 □'	270.	—
Summe Vermehrung		218,180.	87

V e r m i n d e r u n g.

Kapital-Schätzung.
Fr. Rp.

1.	Von der Frienisberger „Klosterdomäne“ der Forstverwaltung gegen das abgeholzte Fuchsenloch abgetreten ein Stück, an den Schallenbergwald anstoßend, von 4 Fucharten 12,500 Quad. Fuß	2,875.	88
2.	Vom Pfrundgut Oberburg verkauft den Bhsfang von 1 Fuch. 25,827 □'	1,195.	65
		4,071.	53

		Kapital-Schätzung.	
		Fr.	Rp.
Uebertrag		4,071.	53
an Hrn. alt Pfarrer Fankhau- ser um		4,600.	—
3.	Vom Pfrundgut Kirchberg ver- kauft das Fluhhofstättlein von circa 5000 Quadratfuß		36. 23
an Siegrist Dick daselbst um		150.	—
4.	Der Staatsforstverwaltung ab- getreten das Nebeli oder auch Galgenhubel genannt vom St. Johanneßen „Klostergut“, Ge- meinde Gals von 3 Fucharten		507. 25
5.	Vom Schloßgut von Fraubrun- nen verkauft:		
a.	Die Schloßscheune Nr. 3 mit derumliegenden Scheuermatte von 4 Fuch. 19,610		14,779. 67
an Johann Messer, Müller in Fraubrunnen, um		30,000.	—
b.	Den Schloßspeicher Nr. 2 mit Gebäudeplatz und Dri- angelstück 3,300 Quadratfuß an Gemeinderathspräsident Rudolf Marti, um	2,000.	—
6.	Vom Pfrundgut Grafenried die sogen. Binnelmatte von circa 4 Fucharten		2,898. 55
an Jakob Ueberhard im Neu- haus, um		10,065.	—
7.	In Folge gänzlicher Umschrei- bung und Neuschätzung der Staatsgebäude im Unte Inter- laken kamen zu den Schloßgü- ter Gebäuden:		
a.	Die in einem Flügel des neuen Schlosses befindliche Helferei und		
Uebertrag		22,930.	33

		Kapital-Schätzung.	
		Fr.	Rp.
Uebertrag			
			22,930. 33
b.	die Scheune auf der untern Schloßweide zum Schloßgut Unterseen		22,539. 13
8.	Vom Pfrundgut Leißigen verkauft zu Erweiterung des Kirchhofes und des Kirchweges von der Pfrundmatte 1220 Quadrat-Fuß		39. 93
	an die Kirchgemeinde Leißigen um	102. —	
9.	Von der Weide ob der Straße zu Lauterbrunnen ein Bezirkslein Land von 1612 Q.=F.		16. 35
	an Johannes Stäger, Bäcker zu Lauterbrunnen, um	150. —	
10.	Vom Pfrundgarten von Oberdießbach ein Dreieck von 150 Quad.-Fuß		3. 34
	an die Kirchgemeinde Oberdießbach, um	7. 50	
11.	Die Ligerz-Pfrundreben 3 Stück an Samuel Beljean, zu Ligerz, um	2,210. 14	
		4,102. —	
12.	Wegen Abbruch die Sennhütte in der Schwandweide Gemeinde Guggisberg und wegen Einäschierung der Wagenschopf zu der abgebrannten Schloßscheune in Schwarzenburg		1,734. 78
13.	Vom Pfrundgut Gurzelen:		
a.	3 Stücke Land zusammen 12 Zucharten 28,111 Q.=Fuß .		4,240. 95
	verkauft an drei Käufer um	6,670. —	
b.	2 Rühle Rechtsame am Langeneggberge		318. 84
	an Bendicht Jenni von Iffwyl, um	885. —	
Uebertrag			54,033. 79

		Kapital-Schätzung.	
		Fr.	Rp.
Uebertrag			54,033. 79
14.	Vom Pfrundgut Spiez verkauft ein Stück Pflanzland von 16,378 Q.-Fuß		950. —
	an Rudolf Kegez, Weinhändler in Spiez, um	1,550. —	
15.	Vom Pfrundgut Thierachern verkauft die Alchen- oder Rander- matte in der Gemeinde Ueten- dorf von 7 Fucharten 29,521 Quadrat-Fuß		3,818. 85
	an Wittve Collin geb. von Sie- benthal in Thun, um	6,920. —	
Summe Kapital-Verminderung			58,802. 64
Der Mehrerlös auf verkauften Do- mänen beträgt			36,288. 64

Die Mutationen in den Pachtverhältnissen sind aus nachstehen-
der Tabelle ersichtlich:

B. Ausscheidung des Großen Mooses.

Alle Anordnungen sind getroffen, die Gemeindeabgeordneten sind gewählt, um die Gemeindegrenzen festzulegen und auch die Moos-antheile definitiv auszumachen.

Im Jahr 1868 wird diese ganze Angelegenheit ihre definitive Erledigung finden.

C. Stadterweiterungsfrage.

Zum Zweck der Vorlage eines vollständigen Straßenneß-Planes für die Vorländer der kleinen und großen Schanze wurde von den Gemeindebehörden der Stadt Bern eine genaue Vermessung dieser Bezirke angeordnet. Die Hauptpläne, welche zusammen den sogenannten Stadterweiterungsplan bilden sollen, werden im Maßstab von 1:500 aufgetragen, so daß alle erheblichen Einzelheiten darin genauen Ausdruck finden, und die Alignemente Höhen und Gefällsverhältnisse nach der Genehmigung der Pläne rasch und sicher auf dem Terrain festgestellt werden können.

Diese Vermessung wird nach dem polygonometrischen Verfahren ausgeführt und zu Katasterzwecken auf den ganzen Stadtbezirk Oben- aus ausgedehnt und soll bis Ende 1868 vollendet werden.

Es liegen gegenwärtig zur Berathung vor zwei sorgfältig ausgearbeitete Entwürfe, nämlich:

1. Eine Verordnung über die Stadterweiterung.
2. Ein Reglement über die Bauten in den neuen Quartieren.

Es steht zu erwarten, daß der Stadterweiterungsplan und diese beiden Entwürfe noch im Laufe des Jahres 1868 zur Vorlage an die kompetenten Behörden gebracht werden können.

D. Regalien.

1. Jagd.

Der Reinertrag des Jagdregals beträgt pro 1867 Fr. 25,808. 45.

2. Fischerei.

Die Vereinigung der Fischezenrechte auf Grundlage des Gesetzes vom 12. Dezember 1865 ist dieses Jahr konsequent fortgesetzt wor-

den. Im Bericht pro 1868 wird dann eine einläßliche Zusammenstellung über die Ergebnisse dieser Vereinigung gemacht werden.

Der Reinertrag der Fischezen pro 1867 beträgt Fr. 4716. 29.

E. Landwirthschaftliche Schule.

In der Organisation der Anstalt wurde weder durch Gesetz noch Reglement irgend eine Abänderung vorgenommen.

Im Lehrpersonal haben dagegen einige Veränderungen stattgefunden. An die Stelle des Hr. Otto Brunner, zweiter Werkführer, wurde provisorisch Hr. Kuschel, August von Ullersdorf, Schlesien; derselbe hat im Speziellen die Baumzucht und die Hopfenanlagen zu besorgen und daneben Unterricht in der Botanik, der Baumzucht und dem Hopfenbau zu erteilen.

An die Stelle des Hrn. Thierarzt Waffali, welcher seit 2 Jahren den Unterricht in der Thierheilkunde erteilte, trat provisorisch Herr Thierarzt König in Kirchlingbach, früherer Zögling der Anstalt, welcher mit Fleiß und Erfolg seinen Obliegenheiten nachkommt.

Den forstlichen Unterricht hat Herr Oberförster Frei übernommen.

Die auf 1. Mai ausgetretene Klasse hat bei den Examen recht erfreuliche Leistungen gezeigt; diese Klasse hat sich im Allgemeinen durch gute Begabung vortheilhaft ausgezeichnet, erforderte aber eine strengere Aufsicht und Disziplin als frühere Klassen. Die außerordentlich zahlreiche Zuhörerschaft am Examen zeugt davon, daß die Bevölkerung und namentlich die eigentliche Bauernsamen ein wachsendes Interesse an der Anstalt nimmt.

Auf 1. Mai 1867 waren:

in der I. Klasse	.	17	Zöglinge
in der II. "	.	19	"
im Vorkurs	.	1	"
Praktikanten	.	1	"

Zusammen 38 Zöglinge.

Der Vorsteher der Anstalt, Hr. Matti, war längere Zeit schwer erkrankt, sonst war bei Lehrern, Angestellten und Zöglingen der Gesundheitszustand ein günstiger; Hausarzt ist immer noch Hr. Imobersteg in Kirchlingbach.

Die Disziplin ist im Allgemeinen befriedigend und ganz befriedigend seit dem Austritt der ältern Klasse.

Die finanziellen Ergebnisse der Anstalt sind summarisch folgende:

Schulrechnung.

Im Soll:

1. Besoldungen des Direktors, der Lehrer und Werkführer, die Löhne der Haushaltungs- Dienstboten, und die allge- meinen Verwaltungskosten	Fr. 11,144. 63
2. Anschaffung des Mobiliars und der Lehrmittel	" 4,244. 31
3. Die Kosten des Haushalts:	
a. per Kasse	Fr. 12,847. 34.
b. per Verrechnung mit der Gutswirtschaft	" 8,941. 76.
	<u>Fr. 21,789. 10</u>
	Summa " 37,178. 04

Im Haben:

1. Die Zöglingskosten	Fr. 10,205. —
2. Chemisches Laboratorium	" 625. —
3. Arbeitsverdienst der Zög- linge und Kosten der Wirtschafts-Dienstboten	" 4,540. 50
4. Guthaben an die Käserei	" 430. —
5. Vermehrung des Schulin- ventars	" 2,711. 69
	<u>Fr. 18,512. 19</u>

Die Kosten der Schule betragen somit Fr. 18,665. 85

Wirthschaftsrechnung.		Pferde.		Rindvieh.		Schweine.		Feldfrüchte.		Magazin.		Käseerei.		Summa.	
Soll:		Fr.	Rp.	Fr.	Rp.	Fr.	Rp.	Fr.	Rp.	Fr.	Rp.	Fr.	Rp.	Fr.	Rp.
1. Rohertrag der Ernte		27,704	59	27,704	59
2. Molkereiprodukte, Mastung, Verkauf		1545	—	13,567	14	1884	70	16,996	84
3. Düngererzeugniß		820	—	7437	60	265	70	8523	30
4. Arbeitsleistung		2481	—	474	—	2955	—
5. Gewinn auf dem Handel mit Magazin-vorräthen							
6. Erlös aus der Käseerei						17,484	35	17,484	35
7. Mehrwerth am Schlusse des Jahres		850	—	80	—	120	—	1618	—	2668	—
Summa		5696	—	21,558	74	2270	40	29,322	59	.	.	17,484	35	76,332	08
Haben:															
1. Allgemeine Kosten, Pachtzins, Steuern, Reparaturen, Melioration		140	—	300	—	40	—	4844	—	5324	—
2. Ankäufe		2553	20	661	70	110	70	3325	60
3. Arbeitsverwendung; Pflege der Haus-thiere; Arbeiten in Haus, Wald und Feld		388	70	1606	—	397	50	6681	85	9074	05
4. Düngerverwendung						.	.	9312	50	9312	50
5. Saatgut						.	.	2544	59	2544	59
6. Unterhalt des Viehstandes		2816	50	15,846	90	1559	57	20,222	97
7. Ausgaben in der Käseerei						16,585	30	16,585	30
8. Verlust auf dem Handel mit Magazin-vorräthen						2857	79	.	.	2857	79
Summa		5898	40	18,414	60	2107	77	23,382	94	2857	79	16,585	30	69,246	80
Gewinn				3144	14	162	63	5939	65			899	05	10,145	47
Verlust		202	40							2857	79			3060	19
Reingewinn														7085	28

Summarischer Vergleich.

	Rohrertrag.	Kosten.	Reingewinn.
1861	Fr. 41,725. 85	Fr. 38,525. 75	Fr. 3173. 10
1862	" 45,358. 96	" 41,254. 84	" 4104. 12
1863	" 49,023. 17	" 45,917. 46	" 3105. 71
1864	" 56,862. 49	" 49,814. 74	" 7047. 75
1865	" 59,360. 74	" 55,366. 24	" 3994. 50
1866	" 53,962. 48	" 49,346. 98	" 4615. 50
1867	" 76,332. 08	" 69,246. 80	" 7085. 28

Das günstige Ergebniß der Wirthschaftsrechnung hat man auch dieses Jahr vorherrschend dem reichen Futterertrag und dem Gewinn auf dem Viehstand zu verdanken, denn die Ernte an Getreide und Hackfrüchten hatte durch die nasse Witterung und durch Spätfröste bedeutend gelitten.

Die Kosten der Schule betragen	Fr. 18,665. 85
Zieht man davon den Reingewinn der Wirthschaft ab mit	" 7,085. 28
so betragen die Netto-Kosten der Anstalt	<u>Fr. 11,580. 57</u>

Die chemische Versuchsstation hat nach dem aufgestellten Programm durch Weiterführung der chemisch-geologischen Landesbeschreibung, durch Einführung einer Düngerkontrolle und durch zahlreiche Untersuchungen auf Rechnung der Privaten ihren Wirkungsbereich bereits so erweitert, daß die Anstellung eines Assistenten zur Nothwendigkeit wurde.

Die Arbeiten für Private und Korporationen haben in erfreulicher Weise zugenommen. Die Analysen betreffen: 2 Gesteine, 15 Bodenarten, 4 Quellwasser, 2 Trester, 14 Düngerarten, 1 Fett und 14 Milchuntersuchungen, nebst vielen bloßen Werthbestimmungen und schriftlichen Auskunftsertheilungen. Für die schweizerische Milchproduktenausstellung hat die Versuchsstation 15 der hauptsächlichsten Käsesorten chemisch untersucht.

Der Käsekurs hat die Thätigkeit des Vorstehers der landwirthschaftlichen Schule und des Dirigenten der Versuchsstation in hohem Grade in Anspruch genommen, für den theoretischen Theil des Unterrichts wurden eine Menge Untersuchungen und Versuche nöthig und es wurden im Verlaufe des Kurses über 2000 theils direkt

ermittelte, theils berechnete Aufzeichnungen gemacht, worunter besonders die Untersuchungen über das Lab von großem wissenschaftlichen Werth sind. Mit der wissenschaftlichen Behandlung der Käsefabrikation hat die Versuchsstation ein ihr ganz eigenthümliches Feld der Thätigkeit betreten, ihre Bestrebungen werden hoffentlich auch das ihrige zur Hebung dieses so wichtigen Zweiges der Landwirthschaft beitragen. Der erste Versuch eines Käsefurses, der vom 1. Juni bis 1. Oktober dauerte und an welchem 4 junge Männer Theil nahmen, hat bei einem nähern und entferntern Publikum bedeutendes Interesse erregt, so daß auch im künftigen Jahr ein solcher wird angeordnet werden.

Der Baumwärterkurs wurde von 3 Lehrern und 8 jungen Landwirthen besucht.

Der Hopfenbaukurs wurde von 5 jungen Landwirthen besucht. Eine große Zahl von Hopfenbau-Versuchen wurden direkt oder indirekt von der Anstalt aus geleitet oder unterstützt.

Es ist nun auch Aussicht vorhanden, daß die Anstalt für eine verbesserte Flachsbereitung thatkräftig Hand bieten könne, indem der Vorsteher die daherigen Verhältnisse in Belgien kennen gelernt, und dort einen sachkundigen Mann dafür gewonnen hat, die dortige vorzügliche Flachsbereitungsmethode an hiesiger Anstalt theoretisch und praktisch zu lehren.

III. Vermessungswesen.

A. Gesetze, Verordnungen, Instruktionen &c.

Das Gesetz über das Vermessungswesen wurde am 18. März vom Großen Rath in zweiter Berathung angenommen und in Kraft erklärt. Nach diesem Gesetz zerfallen die dem Kataster vorausgehenden Arbeiten in zwei Gruppen: die Kartirungsarbeiten und die Vorarbeiten zum Kataster.

Die Kartirungsarbeiten umfassen: die Vollendung der Triangulation, eine theilweise Neuaufnahme der Blätter II., VII, XVII und XVIII. der eidgenössischen topographischen Karte und die Herausgabe der Kantonskarte.

Die Vorarbeiten für den Kataster umfassen: die Versicherung der Dreieckspunkte, die Vermarchung der Gemeindegrenzen, die Eintheilung der Gemeindebezirke in Fluren, die Vermarchung dieser Fluren und endlich die Vermarchung der einzelnen Grundstücke oder Flurparzellen.

Die Oberleitung über das Vermessungswesen wurde durch das Gesetz der Direktion der Domänen und Forsten übertragen und derselben beigeordnet:

- 1) ein Vermessungsbüreau unter der Leitung eines Kantonsgeometers, für die technische Ausführung;
- 2) eine Kartirungskommission zur Vorberathung der Kartirungsangelegenheiten;
- 3) eine kantonale Marchkommission zur Vorberathung und erstinstanzlichen Beurtheilung der Geschäfte, welche mit der Vermarchung und Festlegung streitiger Gemeindegrenzen verbunden sind.

Nach §. 6 des Gesetzes werden alle Einwohnergemeinden verpflichtet, die Grenzen ihrer Gemeindebezirke bis 1. Januar 1870 zu vermarchen.

Eine der wichtigsten Bestimmungen des Gesetzes liegt in §. 7 nach welchem jeder Gemeindebezirk in Fluren abgetheilt wird, deren Zahl sich nach der Größe und Gestalt des Gemeindebezirks richten soll. Das Gesetz bestimmt den Begriff Flur wie folgt: „Unter „Flur“ versteht man einen größern zusammenhängenden, durch administrative, natürliche oder wirthschaftliche Gren-

zen abgeschlossenen Bezirk von Gebäuden, Hofstätten, Aeben, Feldern, Wiesen, Weiden oder Wäldern."

Auf die Einführung dieses Begriffes in die Gesetzgebung wird deßhalb großes Gewicht gelegt, weil die Flur die territoriale Einheit bei Einführung einer klaren durchsichtigen Hypothekarordnung und Grundbuchführung bilden muß und weil die Verbesserungen in der landwirthschaftlichen Gesetzgebung nur durch Ausbildung der Flurgenossenschaften (Gesamtheit der Eigenthümer einer Flur) auf Grundlage einer solchen einfachen territorialen Einheit Leben und Bestand gewinnen können. — Dadurch daß die Flurgenossenschaften ihre gemeinsamen wirthschaftlichen und ruralpolizeilichen Angelegenheiten selbstständig besorgen, wird es mit der Zeit möglich werden, die Gemeindeverwaltungen von vielen Obliegenheiten zu entlasten und dieselben zu vereinfachen.

Nach §. 10 wird für die Herausgabe der Kantonskarte bis zu deren Vollendung ein jährlicher Kredit von 8000 Franken und für die übrigen Arbeiten, soweit deren Kosten dem Staate auffallen, ein solcher von 20,000 Franken jährlich bestimmt.

Die Organisation des Vermessungswesens wurde durch Verordnung des Regierungsrathes vom 25. Juli 1867 näher bestimmt.

Nach derselben umfaßt das unter der Leitung des Kantonsgeometers stehende Vermessungsbureau folgende Abtheilungen:

- 1) Sekretariat und Rechnungsführung;
- 2) Kartirungsarbeiten;
- 3) Vorarbeiten des Katasters;
- 4) Vorarbeiten für Entsumpfungen und Drainirungen;
- 5) Forstvermessungen und Waldwegbauten.

Die Kartirungskommission wird aus 5 Mitgliedern und die kantonale Marchkommission aus 3 Mitgliedern und 2 Ersatzmännern bestellt.

Zum Kantonsgeometer wurde gewählt:

Kohr, Rudolf, Ingenieur, in Bern.

Die Kartirungskommission wurde am 25. Juli 1867 bestellt wie folgt:

Kilian, Friedrich, Regierungsrath in Bern, als Präsident.

Studer, Bernhard, Professor, in Bern.

Studer, Gottlieb, Brodrath, in Bern.

Lauterburg, Robert, Ingenieur, in Bern.

Schlup, Johann, Oberförster in Nidau.

Die kantonale Markkommission wurde ebenfalls am 25. Juli 1867 bestellt wie folgt:

Mitglieder:

Bogel, Johann Rudolf, Nationalrath, in Wangen, als Präsident.
von Werdt, Friedrich, Großrath, in Toffen.
Räz, Landwirth, Großrath, in Winterswyl bei Schüpfen.

Ersatzmänner.

Sterchi-Wettach, Großrath, in Wilderswyl.
Affolter, Jakob, Rechtsagent, Großrath, in Grünen bei Sumiswald.

Die Vermarkung der Gemeindegrenzen wurde durch Verordnung des Regierungsraths vom 14. Oktober 1867 näher geordnet.

In den §§. 3 und 4 werden die Normen für die Grenzzeichen und Grenzlinien aufgestellt. In §. 5 wird der Begriff eines Grenzzuges bestimmt, wie folgt: „Die Grenzlinien, welche zwei Gemeindebezirken gemeinschaftlich angehören, bilden einen Grenzzug.“

Durch §. 6 der Verordnung soll der Uebelstand so viel als möglich beseitigt werden, daß ein und dasselbe Grundstück nicht in zwei Gemeindebezirke zu liegen kommt, somit auch nicht in zwei verschiedene Flurbücher eingetragen werden muß. Dieser Artikel lautet:

„Wo die Grenzlinien Häuser und Grundstücke quer durchschneiden, sind dieselben so zu verlegen, daß die neuen Gemeindegrenzen mit den Eigenthumsgrenzen zusammenfallen. Bei solchen Verlegungen ist darauf Rücksicht zu nehmen, daß sich diese Veränderungen innerhalb eines Grenzzuges möglichst ausgleichen.“

Die übrigen Artikel der Verordnung enthalten die Vorschriften über die Grenzbegehung (§§. 9 und 10) die Grenzvereinigung (§§. 11—15) und die Grenzsicherung (§§. 16—19).

Zwei weitere Verordnungen über die Eintheilung der Gemeindebezirke in Fluren und deren Vermarkung, sowie über die Vermarkung der Flurparzellen liegen im Entwurf.

Dem Konkordat über Freizügigkeit der patentirten Geometer sind beigetreten die Kantone: Bern, Solothurn, Basel-Stadt, Aargau, Luzern, Thurgau, Zürich und Schaffhausen, also 7½ Kantone.

Am 17. Dezember 1867 fand in Olten eine Konferenz statt zur Eröffnung der Beitrittserklärungen, zum Abschluß der Rechnung und zur Schlußnahme über die weiteren Anordnungen.

Es wurde beschlossen nach Art. 7 und Art. 90 Ziffer 7 der Bundesverfassung die Genehmigung des Konkordats durch den Bundesrath nachzusuchen und dasselbe auf 1. März 1868 in Kraft erklären zu lassen.

B. Kartirungsarbeiten.

1. Topographische Arbeiten.

Auf diesem Gebiete sind ausgeführt worden:

- a. die Koordinatenberechnungen der Denzlerischen Triangulationen, deren Abschluß man seit langem ersehnt hatte;
- b. Topographische Aufnahme des Blattes Burgdorf, 3 Quadratstunden;
- c. Anfertigung der Tiefenkarten der Thuner- und Briener-Seen;
- d. Triangulation 3er Ordnung über einen Theil des Obergeraues;
- e. Signalstellung und Anbahnung der Triangulation im Seeland.

Die letztere Arbeit wurde möglichst befördert, um dieselbe auch für die Juragewässerkorrektur und den Entwässerungskataster nutzbar zu machen.

2. Herausgabe der Kantonskarte.

Ueber diesen Gegenstand erstattete Herr Kantonsgeometer Mohr der Domänendirektion einen vortrefflichen Bericht, begleitet von einer Sammlung topographischer Karten des In- und Auslandes und von Devisen verschiedener Kartographen. Dieser Bericht behandelt in einläßlicher Weise:

- a. den Zweck der Kantonskarte;
- b. den Maßstab: ob $1/25000$ oder $1/50000$;
- c. die Terraindarstellung: Ob Horizontalkurven oder Schraffur;
- d. die Methode der Vervielfältigung: Ob Kupferstich oder Lithographie;
- e. die Reihenfolge und Zeitdauer der Arbeiten;
- f. die Eintheilung der Blätter;
- g. die Kosten.

Der Bericht sammt seinen Schlußanträgen wurden von der Domänenendirektion der Kartirungskommission zur Begutachtung überwiesen.

Die Kartirungskommission hielt im Laufe Dezember eine mehrtägige Sitzung; die Ansichten der Mitglieder gingen über die meisten Punkte ziemlich weit auseinander, so daß für dieses Mal noch keine bestimmten Anträge in der Hauptsache vereinbart wurden, dagegen beschloß die Kommission den Stich von einigen Probeblättern zu beantragen.

Unterdessen gelangte von Seite des Bundesraths eine Zuschrift an die Regierung des Kantons Bern die Mittheilung enthaltend, daß das eidgenössische Stabsbureau eine Vorlage vorbereite über die Herausgabe sämtlicher topographischen Originalblätter der Generalstabskarte von Dufour. Dieses Vorgehen der Bundesbehörde ist in hohem Grade erfreulich, denn erst durch die Herausgabe der Originalaufnahmen wird das schöne Werk Gemeingut des Volkes und nutzbar nach allen möglichen Richtungen. Dieses Vorgehen hat aber noch den Vortheil, daß Einheit in die ganze Behandlung der Angelegenheit kommt. Die Regierung hat daher mit Vergnügen zu dahingehenden Verhandlungen Hand geboten, um so mehr, da nebst obigen Vortheilen noch eine ansehnliche Kostenersparniß zu erwarten steht.

Für das Jahr 1868 hat die Kartirungskommission folgendes Programm vorgeschlagen:

1. Topographische Arbeiten:

- a. Triangulation im Blatt VII (Vollendung im Seeland);
- b. Oberirdische Versicherung der Dreieckspunkte;
- c. Ergänzende topographische Aufnahmen im Mittelland, Vollendung in den Amtsbezirken Thun, Trachselwald und Bern.

2. Kantonskarte:

- a. Unterhandlungen mit der Eidgenossenschaft;
- b. Stich von Probeblättern;
- c. Beginn der Herausgabe einzelner Blätter, soweit der Kredit reicht.

Dieses Programm wurde von der Domänenendirektion grundsätzlich genehmigt, wird aber in seinem zweiten Theil einige Modifikationen erleiden, je nachdem die Unterhandlungen mit der Eidgenossenschaft ausfallen.

C. Vorarbeiten zum Kataster.

1. Triangulation.

In diesem Jahr ist über die Gemeindsbezirke Großhöchstetten, Zäziwil, Walliswil-Wangen, Oberbipp, Thunstetten und Langenthal die definitive Triangulation der Dreiecke 4er Ordnung ausgeführt und die Dreieckspunkte oberirdisch mit Granitsteinen versichert worden.

Die Triangulation 4er Ordnung wurde in der Weise ausgeführt, daß jeweilen der betreffende Geometer, welcher die Parzellenvermessung einer Gemeinde übernommen hat, gleichzeitig auch im Afford die Signalstellung und Winkelbeobachtung besorgt, während die Berechnungen auf dem Vermessungsbureau gemacht werden. Dieses Verfahren hat den Vortheil, daß sämtliche Winkelbeobachtungen auf das Vermessungsbureau gesandt werden müssen, wo allfällige Unvollständigkeiten oder Irrthümer entdeckt und verifizirt werden können. Da die Berechnungsergebnisse alsdann behufs Anschluß des Details an den Geometer zurückgehen, so entsteht dadurch eine gegenseitige Kontrolle und Verifikation, welche die größtmögliche Garantie für den Werth der Arbeit bietet.

2. Vermarkung der Gemeindegrenzen.

Mit Rücksicht auf die Juragewässerkorrektur und den Kataster des Entsumpfungsgebiets wurde die Vermarkung der Gemeindegrenzen vorerst im Seeland eingeleitet.

Die Abgeordneten der Gemeinden sind bereits ernannt in den Amtsbezirken Erlach, Mida, Büren, Narberg und Laupen.

Die Grenzbegehungen wurden mit dem Amtsbezirke Erlach begonnen. Vor der Begehung wurden auf dem Vermessungsbureau an der Hand der gesammelten Materialien einige Planskizzen über die Gemeindegrenzen zusammengestellt, sowie Verzeichnisse über die Grenzzüge, welche sehr gute Dienste geleistet haben. Den Regierungstatthaltern und Gemeindeabgeordneten wurde ein Geometer beigeordnet, welcher die Aufgabe hatte, die Handrisse und Grenzbeschreibungen anzufertigen.

Die ganze Angelegenheit nahm einen höchst befriedigenden Verlauf, so daß die Grenzbegehungen im Amtsbezirke Erlach in sehr kurzer Zeit vollendet waren.

Zur Vereinigung werden nur ganz wenige Anstände an die kantonale Markkommission gelangen.

D. Parzellarvermessungen.

Nach §. 12 des Vermessungsgesetzes wird jede neue Vermessung von Gemeinden bis zum Inkrafttreten des Katasters unter die Aufsicht und Leitung der Direktion der Domänen und Forsten gestellt.

In Großhöchstetten und Zäziwyl sind die Parzellarvermessungen beendigt und verifizirt.

In Walliswyl-Wangen, Oberbipp, Langenthal und Thunstetten ist die Vermessung in voller Ausführung.

In Narwangen, Madiswyl, Dießbach bei Thun, Häutligen, Kappelen, Dießbach bei Büren, Wyler und Koppigen ist die Vermessung eingeleitet.

Die Aufnahmen geschehen polygonometrisch nach der seiner Zeit von Bern aufgestellten Vermessungsinstruktion, welcher sich nun auch die Confordatskantone angeschlossen haben.

E. Verschiedenes.

An dem Geometerkurs, welcher unter der Leitung des Herrn Rohr vom 22. April bis 11. Mai dauerte, nahmen 11 Berner, 1 Thurgauer und 1 Pole Theil. An patentirten Geometern hat der Kanton Bern nun bereits ein Kontingent von 30 Mann.

Die Berechnung der Tangententafeln zur Bestimmung relativer Höhen von Dreieck- und Polygonpunkten ist im Laufe dieses Jahres vollendet und durchgesehen worden, so daß dieses für unsere Geometer beinahe unentbehrliche Zahlenwerk dem Druck übergeben werden kann.

IV. Entsumpfungen.

1. Furagewässerkorrektion.

A. Unterhandlung mit den betheiligten Kantonen.

An der Konferenz vom 9. Oktober 1866 stellten die Abgeordneten von Bern gemäß dem Großrathsbeschluß vom 31. Januar 1866 den Antrag:

„Es möchte eine Uebereinkunft zwischen den betheiligten Kantonen abgeschlossen werden auf folgenden Grundlagen:

1. Gemeinschaftliche Ausführung unter der Oberleitung des Bundes;
2. Vertheilung der kantonalen Staatsbeiträge nach dem Verhältniß der Schätzung vom 25. Juni 1866.“

Alle Faktoren zur Berechnung einer billigen und gerechten Vertheilung der Kosten waren gegeben, man hätte daher glauben sollen, dieser Antrag würde allgemein eine günstige Aufnahme finden. Dieß war aber nicht der Fall. An den Mehrwerthschätzungen wurden von mehreren Seiten kleine Aussetzungen gemacht, doch mußte allseitig zugegeben werden, daß die Kommission ihre schwierige Aufgabe mit Sachkenntniß und großer Unparteilichkeit zu Ende geführt habe; die Billigkeit einer Vertheilung der kantonalen Beiträge auf Grundlage dieser Schätzung wurde daher von keiner Seite in Ernst bestritten. Dagegen wurde den Konsequenzen der gemeinschaftlich eingeleiteten Vorarbeiten und Expertisen gegenüber, auf's Neue das Korrektionsystem, der Devis, das System der Ausführung, überhaupt alles angegriffen und wieder in Frage gestellt, was man längst als erledigt betrachtet hatte. Bei den Abgeordneten der westlichen Kantone zeigte sich besonders gegen die gemeinschaftliche Ausführung eine so entschiedene Abneigung, daß die Abordnung von Bern mit der festen Ueberzeugung die Konferenz verließ, daß eine Uebereinkunft auf dieser Grundlage geradezu unmöglich sei. Wie bereits gesagt, wurde während der drei Jahre bei den Verhandlungen wiederholt dem System der gemeinschaftlichen Ausführung das andere System: Ausführung durch Bern mit fixen Beiträgen der andern Kantone gegenübergestellt. Gegen das System der gemeinschaftlichen Ausführung machten die Westkantone folgende Bedenken geltend:

1. Daß eine einheitliche Administration schwierig und mit großen Kosten verbunden sein würde;
2. Daß Konflikte zwischen dieser Verwaltung und den ordentlichen Administrativ- und Gerichtsbehörden der Kantone unvermeidlich

sein würden, sei es bei Ermittlung des Mehrwerthes, sei es bei Feststellung der Entschädigungen etc.;

3. Daß sie (die Westkantone) nicht das Risiko für Bauten übernehmen könnten, welche zu $\frac{4}{5}$ außerhalb ihrem Territorium liegen;
4. Daß ihrer Bevölkerung bei den Bauten nur ein geringer Theil des Arbeitsverdienstes zufließen werde.

Gegen das System der Bauausführung durch Bern allein mit fixen Beiträgen der andern Kantone und Ueberlassung der ganzen Bundessubsidie machte die Abordnung von Bern mit Entschiedenheit geltend:

1. Daß das Baurisiko für Bern allein zu groß sei, daß es dasselbe jedenfalls nur dann übernehmen könnte, wenn die andern Kantone zu ihrem verhältnißmäßigen Kostenantheil noch bedeutende Prozentzuschläge leisten würden — als Aequivalent für das Risiko;
2. Daß es unthunlich wäre, wenn Bern auf dem Territorium anderer Kantone Bauten ausführen würde;
3. Daß sich Bern die Ueberwachung seiner Bauten durch den Bund wohl gefallen lassen könne, nicht aber eine solche durch andere Behörden.

Das System der gemeinschaftlichen Ausführung mußte am 9. Oktober aufgegeben werden und das andere System, Ausführung durch Bern allein, war nicht annehmbar durch Bern.

Diese Sachlage veranlaßte die Entsumpfungsdirektion, einen neuen Vorschlag zu machen, der die Mitte hält zwischen den beiden obigen Systemen und der gleichzeitig den beidseitigen Bedenken Rechnung trägt. Es ist dieß das System der getrennten Bauausführung. Nach demselben übernimmt jeder Kanton die Ausführung und gleichzeitig das Baurisiko derjenigen Bauten, bei welchen er zunächst interessiert ist, nämlich:

Die Westkantone die Tieferlegung der obern Seen;

Bern die Ableitung der Aare in den Bielersee und die Weiterbeförderung der vereinigten Gewässersysteme bis Büren-

Solothurn die Korrektion am untern Flußlauf. Der Bundesbeitrag war als Ausgleichungsfaktor bestimmt.

Ein Projekt auf dieser Grundlage wurde bereits am 18. Oktober 1866 vom Regierungsrathe grundsätzlich genehmigt und die Entsumpfungsdirektion ermächtigt, auf diesen oder ähnlichen Grundlagen neue

Unterhandlungen mit den betheiligten Kantonen anzuknüpfen. Die daherigen Eröffnungen haben überall gute Aufnahme gefunden und die Bundesversammlung bewilligte mit Rücksicht auf dieselben ohne Anstand eine neue Verlängerung des Termins (bis 31. Dezember 1867.) Am 30. November wurde dem Großen Rathe mündlich über den damaligen Stand der Dinge Bericht erstattet. Auf Grundlage dieses Systems wurde seit dem Oktober 1865 verhandelt.

Nach dem ersten Vorschlage Bern's sollte die Ausgleichung zwischen den Kantonen in der Weise stattfinden, daß einerseits die Bauten unverändert nach Devis und anderseits der Kostenantheil im Verhältniß der Mehrwerthschätzung vom 25. Juni 1866 berechnet und daß die Differenzen durch die Vertheilung des Bundesbeitrages oder durch Aversalsummen ausgeglichen würden. Nach diesen Grundsätzen berechnet, hätte sich die Sache gestaltet wie folgt:

Solothurn: Bausumme Fr. 1,108,000

Kostenantheil „ 713,745

somit Mehrleistung: Fr. 394,255

Bern: Bausumme Fr. 10,266,000

Kostenantheil „ 5,470,179

somit Mehrleistung: Fr. 4,795.821

Westkantone: Bausumme Fr. 2,626,000

Kostenantheil „ 3,146,076

somit Minderleistung: Fr. 520,076

Zur Ausgleichung sollte dann der Bundesbeitrag von Fr. 4,670,000 den bernischen Arbeiten zugeschrieben werden und die Westkantone sollten eine Aversalsumme von Fr. 300,000 an Solothurn leisten. Die Westkantone hatten sich im April zu einem Gegenvorschlag vereinigt; nach demselben erklärten sie sich bereit, auf Grundlage der getrennten Ausführung beizutreten, sofern ihnen von dem Bundesbeitrag eine Summe von Fr. 470,000 überlassen werde. Zur Begründung ihres Vorschlages, der um Fr. 770,000 von dem ersten differirte, machten die Westkantone geltend:

1. Daß sie bei einem großen Theile der Arbeiten nur mittelbar betheiligt seien, besonders beim Hagnet-Kanal;
2. Daß die Entschädigungen für Häfen, Dämme, Landungsplätze Ufermauern etc. durch die Trennung nun vorherrschend auf die obern Kantone falle.

In der Konferenz vom 19. Juni hatte man sich nach einläßlicher Berathung bis auf eine Differenz von Fr. 300—400,000 genähert. Auf diesem Punkte angelangt, drohte aber die Verständigung zu scheitern, indem die verschiedenen Parteien erklärten, daß sie an den äußersten Grenzen der Konzessionen angekommen seien. Als letzter Ausweg einigte man sich endlich unter der Voraussetzung einer Erhöhung des Bundesbeitrages auf 5 Millionen zu nachstehender

Uebereinkunft:

Art. 1. Die Kantone Bern, Freiburg, Solothurn, Waadt und Neuenburg erklären sich bereit, die Korrektion der Juragewässer auf Grundlage des Planes La Nicca und im Sinne der bundesräthlichen Experten vom 8. Juni 1863 auszuführen.

Es übernehmen:

1. Der Kanton Bern:

- a. Den Nidau-Büren-Kanal,
- b. " Narberg-Magnet-Kanal.

2. Der Kanton Solothurn:

Die Ausführung der Korrektionsarbeiten auf der Flußstrecke Büren-Altisholz, soweit solche nothwendig erachtet werden.

3. Die Kantone Freiburg, Waadt und Neuenburg:

- a. Die Korrektion der untern Brohe,
- b. " " " obern Zihl.

Der Bundesbeitrag wird verwendet wie folgt:

- a. Fr. 4,340,000 für den Nidau-Büren-Kanal;
- b. " 360,000 für die Arbeiten zwischen Büren-Altisholz;
- c. " 300,000 für die Arbeiten welche den obern drei Kantonen auffallen.

Die Kantone sind berechtigt, die ihnen auffallenden Arbeiten an Baugesellschaften zu übertragen, insofern sie den andern Kantonen und dem Bunde gegenüber garant bleiben für plangemäße Ausführung.

Art. 2. Die Kantone übernehmen die Vertretung für alle Entschädigungsforderungen, welche infolge der Ausführung des Gesamt-

unternehmens von Gemeinden, Korporationen oder Privaten ihres Kantonsgebietes erhoben werden könnten.

Art. 3. Der Bund übernimmt die Oberaufsicht über die planmäßige Ausführung der Arbeiten.

Abänderungen am Korrektionsystem bedürfen der Genehmigung des Bundesrathes und der Regierungen der fünf theiligten Kantone.

Bloße Abänderungen an den Ausführungsplänen, sofern dieselben das Korrektionsystem nicht betreffen, unterliegen einzig der Genehmigung des Bundesrathes.

Art. 4. Für die Ausführung der Arbeiten werden den Kantonen folgende Termine eingeräumt:

1. Der Nidau-Büren-Kanal soll in 7 Jahren, der Hagneck-Kanal in 10 Jahren vollendet werden;
2. Die Korrekturen zwischen Büren-Altisholz, an der untern Brohe und der obern Zihl sollen in 3 Jahren vollendet werden, von dem Zeitpunkt an gerechnet, wo der Nidau-Büren-Kanal ausgeführt und der mittlere Wasserstand des Bielersees gesenkt sein wird, nach dem Plane La Nicca;

Die Einleitung der Aare in den Bielersee, durch den Hagneck-Kanal soll nicht stattfinden, bevor der Nidau-Büren-Kanal ausgeführt sein wird;

Art. 5. Die Theiligung des Grundeigenthums wird durch die Gesetzgebung der betreffenden Kantone geregelt;

Art. 6. Es ist die Bundesversammlung darum anzugehen, daß der Beschluß vom 21. und 22. Dezember 1863 im Sinne der vorstehenden Uebereinkunft modifizirt und daß der Bundesbeitrag in fixer Summe auf 5 Millionen Franken bestimmt werde.

Am 1. Juli 1867 wurde diese Uebereinkunft von den Bevollmächtigten der 5 Kantone unterzeichnet unter Ratifikationsvorbehalt der gesetzgebenden Behörden.

Die Abordnung von Bern wurde von der Konferenz beauftragt an die hohe Bundesversammlung das Ansuchen zu stellen:

„Sie möchte zur vollständigen Sicherung des vaterländischen Unternehmens der Juragewässer-Korrektion den Bundesbeschluß vom 22. Dezember 1863 im Sinne der zwischen den Regierungen der Kantone Bern, Freiburg, Solothurn, Waadt und Neuenburg abgeschlossenen Uebereinkunft vom 19. Juni und 1. Juli 1867 abändern, und namentlich den Bundesbeitrag auf einen fixen Betrag von 5 Millionen festsetzen.“ —

Dieses Ansuchen wurde am 5. Juli 1867 beim hohen Bundesrath eingereicht, begleitet von einer kurzen sachlichen Begründung.

Bundesbeschluß vom 25. Juli 1867.

Durch Botschaft vom 12. Juli brachte der Bundesrath das gestellte Ansuchen in empfehlendem Sinn an die hohe Bundesversammlung und am 25. Juli faßte dieselbe den nachstehenden denkwürdigen Beschluß:

Die Bundesversammlung der schweiz. Eidgenossenschaft,
nach Einsicht

einer Eingabe der Regierungen von Bern, Freiburg, Solothurn, Waadt und Neuenburg vom 1/5. Heumonats 1867;

der von den Abgeordneten dieser Regierungen unter Ratifikationsvorbehalt der gesetzgebenden Behörden abgeschlossenen Uebereinkunft vom 1. Heumonats 1867;

einer Botschaft des Bundesrathes vom 12. Heumonats 1867;

in Abänderung des Beschlusses betreffend die Juragewässerkorrektur vom 22. Christmonats 1863;

in Anwendung des Art. 21. der Bundesverfassung;

beschließt:

Art. 1. Es wird den Kantonen Bern, Freiburg, Solothurn, Waadt und Neuenburg zum Zwecke der Korrektur der Juragewässer ein Bundesbeitrag von 5 Millionen Franken bewilligt.

Art. 2. Die Korrektur ist auf Grundlage des Planes La Nicca im Sinne des Gutachtens der bundesrathlichen Experten vom 8. Juni 1863 auszuführen und begreift in sich folgende Arbeiten:

- a. Ableitung der Aare von Narberg in den Bielersee durch den Haguel-Kanal;
- b. Der im Bielersee vereinigten Aar und Zihlgewässer durch den Nidau-Büren-Kanal nach Büren;
- c. Korrektur der obern Zihl zwischen dem Neuenburger- und Bielersee;
- d. Korrektur der untern Broye zwischen dem Murten- und Neuenburgersee;
- e. Ausführung der Korrektionsarbeiten auf der Flußabtheilung Büren-Altisholz, soweit solche nothwendig erachtet werden.

Art. 3. Von diesen Arbeiten übernehmen:

gang der Arbeiten und den finanziellen Stand des Unternehmens Bericht erstatten.

Art. 8. Die Kosten des Unternehmens werden gedeckt:

- a. Durch den Erlös von verkauftem Strandboden, verlassenen Strombetten u. s. w. und durch den Mehrwerth des betheiligten Grundeigenthums, dessen Beitragspflicht die Gesetzgebung der betreffenden Kantone in Berücksichtigung der in dem Berichte der eidgenössischen Mehrwerthschätzungs-Kommission vom 13. Heumonath 1866 enthaltenen Grundlagen regeln wird;
- b. Durch die Beiträge der Kantone;
- c. Durch den im Art. 1 bestimmten Bundesbeitrag.

Art. 9. Der Bundesbeitrag wird verwendet wie folgt:

- a. Fr. 4,340,000 für den Nidau-Büren-Kanal und den Narberg-Hagneß-Kanal;
- b. Fr. 360,000 für die Arbeiten zwischen Büren-Attisholz;
- c. Fr. 300,000 für die Korrektionsarbeiten an der obern Zihl und untern Brohe.

Die Auszahlung des Bundesbeitrages geschieht nach Maßgabe des Vorrückens der Arbeiten, die daherigen jährlichen Abschlagszahlungen an die betheiligten Kantone dürfen jedoch den Gesamtbetrag von Fr. 500,000 im Jahr nicht übersteigen.

Art. 10. Die Kantone übernehmen die Vertretung, beziehungsweise die Haftbarkeit für alle Entschädigungsforderungen welche infolge der Ausführung des Gesamtunternehmens von Gemeinden, Korporationen oder Privaten auf ihrem Kantonsgebiete erhoben werden könnten.

Art. 11. Die Kantone Bern, Freiburg, Solothurn, Waadt und Neuenburg haben jeder auf seinem Gebiete für den Unterhalt der in Gemäßheit gegenwärtigen Beschlusses ausgeführten Werke die nöthigen Bestimmungen zu treffen und für den Vollzug derselben der Eidgenossenschaft gegenüber zu haften. Die diesen Kantonen zukommenden Post- und Zollentschädigungen bilden, im Sinne von Art. 35. Absatz 2 der Bundesverfassung, die Gewähr für diesen Unterhalt.

Im Versäumungsfalle kann der Bundesrath die erforderlichen Maßnahmen anordnen, oder sofern es nöthig sein sollte, auf Kosten des betreffenden Kantons von sich aus zur Ausführung bringen.

Art. 12. Der Bundesrath ist ermächtigt, das Gesetz über Abtretung von Privatrechten vom 1. Mai 1850 auf dem Gebiete derjenigen Kantone, welche darum einkommen, für das Unternehmen in Anwendung zu bringen.

Art. 13. Dieser Beschluß tritt in Kraft, sobald die von den Regierungen abgeschlossene Uebereinkunft vom 1. Heumonat 1867 die verfassungsmäßigen Ratifikationen erhalten haben wird. Es wird hiefür eine letzte Frist gesetzt bis zum 1. März 1868.

Der Bundesbeschluß vom 22. Christmonat 1863 ist aufgehoben.

Art. 14. Der Bundesrath ist mit der Vollziehung dieses Beschlusses beauftragt.

Die hohe Bundesversammlung hat weder um die Form noch um die Summe gemarkt, sondern ihr Patronat über das nationale Werk in hochherzigster Weise bestätigt. Den Kantonen bleibt nur ein Weg, um der Eidgenossenschaft in würdiger Weise zu danken. Es ist dieß die kräftige ehrenvolle Durchführung des schönen großen Unternehmens.

C. Die Stellung Berns zu der Uebereinkunft vom 19. Juni 1867 und zum Bundesbeschluß vom 25. Juli 1867.

Im ersten Alinea des Art. 1 der Uebereinkunft erklären sich die 5 Kantone bereit, die Korrektion der Juragewässer auf Grundlage des Planes La Nicca = Bridel auszuführen. Mit dieser Erklärung wäre endlich nach jahrelangen Kämpfen das System der Totalkorrektion von allen theilnehmenden Kantonen anerkannt.

Was das System der Bauausführung betrifft, so hat die bernische Abordnung, wie gesagt, stets die gemeinschaftliche Ausführung angestrebt, und auch der Große Rath hat sich am 31. Januar 1866 grundsätzlich für dies System ausgesprochen. Es wurde mitgetheilt, daß eine Einigung auf dieser Grundlage nicht möglich war und daß die bernische Abordnung dann die Initiative ergriffen hat um das System der getrennten Ausführung zur Geltung zu bringen, welches nun im zweiten Theil des Art. 1 seinen nähern Ausdruck gefunden hat. Nach diesem Theile der Uebereinkunft übernehmen die Kantone auf ihre Rechnung die Ausführung folgender Bauten:

Bern:

Den Nidau-Büren-Kanal devisirt auf Fr. 4,900,000

„ Hagneß-Kanal devisirt auf „ 3,700,000

Fr. 8,600,000

Solothurn:

Die Arbeiten zwischen Büren und Attisholz devisirt auf Fr. 928,000

Westkantone:

Die Korrektion der untern Brohe devisirt auf Fr. 740,000

Die Korrektion der obern Zühl, devisirt auf Fr. 1,460,000

Fr. 2,200,000

Jeder Kanton führt also diejenigen Bauten aus, bei welchen er am meisten und unmittelbarsten theilhaftig ist.

Es ist richtig, daß der Kanton Bern dadurch ein größeres Bau-
risiko übernimmt, als ihm nach dem Mehrwerth verhältnißmäßig auf-
gefallen wäre, dagegen fallen folgende Vortheile schwer in's Gewicht:

1. Selbstständigere und einfachere Administration und Bauleitung;
2. Den eigenen Verhältnissen kann besser Rechnung getragen werden;
3. Den Grundeigenthümern kann eine größere Vertretung eingeräumt werden, eine Verständigung mit denselben ist leichter und macht sich analog mit den andern kantonalen Entsumpfungsunternehmen;
4. Die Entschädigungen, die an beiden obern Seen auf hohe Summen anwachsen werden, werden Bern nur in untergeordnetem Maße berühren, was sehr wichtig ist;
5. Es können in der Ausführung weit eher Ersparnisse erzielt werden, als wenn auf dem breiten Rücken des Gesamtunternehmens gewirthschaftet wird;
6. Es kann die Bevölkerung der umliegenden Gegenden bei Vergebung der Arbeiten besser berücksichtigt werden.

Es ließe sich noch mancher Punkt anführen, der zum Vortheil dieser Lösung spricht, doch ist die Sache hinreichend begründet.

Nachdem über alle andern Fragen grundsätzlich eine Einigung erzielt war, wurde die Vertheilung des Bundesbeitrages und die Ausgleichung zwischen den Kantonen zum Schwerpunkt.

Nach der im dritten Theile des Art. 1 der Uebereinkunft aufgestellten Verwendung des Bundesbeitrages stellt sich die Ausgleichung zwischen den Kantonen ungefähr wie folgt:

Bern:

Bauten laut Devis	Fr. 8,600,000
15% Unvorhergesehenes	„ 1,290,000
Entschädigungen	„ 42,800

Fr. 9,932,800

	Uebertrag	9,932,800
Kostenantheil nach Schätzung	Fr. 5,277,000	
Bundesbeitrag	" 4,340,000	

Fr. 9,617,000

Mehrleistung Fr. 315,800

Solothurn:

Bauten	Fr. 928,000
150/o Unvorhergesehenes	" 139,200

Fr. 1,067,200

Kostenantheil	Fr. 688,000
Bundesbeitrag	" 360,000

Fr. 1,048,000

Ebenfalls Mehrleistung Fr. 19,200

Westkantone:

Bauten	Fr. 2,200,000
150/o Unvorhergesehenes	" 330,000
Entschädigungen	" 470,000

Fr. 3,000,000

Kostenantheil	Fr. 3,035,000
Bundesbeitrag	" 300,000

Fr. 3,335,000

Minderleistung Fr. 335,000

Es ist kaum zu läugnen, daß die Kantone Solothurn und Bern ein unmittelbarer Interesse an dem Unternehmen haben, als die westlichen Kantone und daß diese Differenz in obigen Zahlen einen billigen Ausgleich findet. Für seine Mehrleistung findet übrigens Bern darin etwelche Erleichterung, daß es gemäß der Reihenfolge der Arbeiten mit dem Bezug des Bundesbeitrages vorabgeht und vom Beginn der Arbeiten hinweg jährlich Fr. 500,000 erhält. In der Sitzung vom 31. Januar 1866 wurde der Beitrag des Staates auf 1,750,000 Fr. bis 2,000,000 Fr. veranschlagt, es werden dem Staate nach der vorliegenden Uebereinkunft nicht größere finanzielle Opfer auffallen, als auf der frühern Grundlage, so daß die Ausgleichung für den Kanton Bern in jeder Beziehung annehmbar ist.

Der Grundsatz, daß die Entschädigungen für Hafen, Ländteplätze, Dämme, Ufermauern etc. bei gemeinschaftlicher Ausführung vom Gesamtunternehmen zu tragen seien, wurde stets anerkannt und ist auch in der Konferenz vom 29. Juni 1866 noch ausdrücklich anerkannt worden. Der Art. 2 der Uebereinkunft setzt fest, daß die Kantone die Vertretung für alle Entschädigungsforderungen übernehmen, welche infolge der Ausführung des Unternehmens auf ihrem Kantonsgebiet erhoben werden könnten. Diese Entschädigungen wurden immer etwas übertrieben angegeben, nämlich Fr. 7—800,000. In einem alten Berichte, der nach hierseitiger Ansicht der Wahrheit näher steht, wurden 360,000 Fr. a. W. angenommen, wovon Fr. 30,000 auf Bern fallen. In vorstehender Berechnung sind die letztern Summen angenommen, und in Folge dessen das Unvorhergesehene überall nur mit 15 Prozent angesetzt worden. Immerhin werden diese Entschädigungen an den obern Seen bedeutend sein und Bern entgeht durch den Art. 2 einer großen Zahl von Schwierigkeiten; es ist derselbe entschieden günstig für sein Interesse. —

Nach Art. 3 übernimmt der Bund die Oberaufsicht und es bedürfen Abänderungen am Korrektionsystem nicht nur der Genehmigung des Bundes, sondern auch derjenigen sämtlicher theiliger Kantone. Diese Bestimmung wird hinreichend gegen Willkürlichkeiten in der Ausführung schützen. Daß Abänderungen, welche das Korrektionsystem nicht betreffen, nur der Genehmigung des Bundesrathes bedürfen, ist im Interesse der Sache und es wird wahrscheinlich auch bei bernischen Arbeiten der Fall eintreten, daß von dieser Bestimmung Gebrauch gemacht werden muß.

Nach Art. 4 soll der Nidau-Büren-Kanal in sieben, der Hagnek-Kanal in zehn Jahren vollendet sein. Bezüglich der Reihenfolge der Arbeiten stellt das Expertengutachten von 1863 drei Perioden auf: In der ersten Periode von 3—4 Jahren soll der Nidau-Büren-Kanal auf eine Sohlenbreite von 180' ausgegraben und der Hagnekeinschnitt vollendet werden. Die zweite Periode begreift die Erweiterung des Nidau-Büren-Kanals und die Vollendung des Hagnek-Kanals in sich und in der dritten Periode sollen Versickerungsarbeiten u. s. w. ausgeführt und ein Schwellensond freiert werden. Die Betheiligung des Grundeigenthums ist nach Art. 5 Sache der kantonalen Gesetzgebung. Nach allseitiger Genehmigung der Uebereinkunft wird auch dieser Gegenstand mit Zurathziehung der Grundeigenthümer durch ein Dekret geregelt werden, ähnlich wie bei der Haslethalentsumpfung.

Es lag in der Stellung des Kantons Bern, welcher in dieser Frage immer in der vordersten Reihe gekämpft hatte, auch hier wieder

voran zu gehen. — Obgleich der Große Rath sich der schwierigen und ernstesten Aufgabe vollkommen bewußt war, welche bei dem Unternehmen dem Kanton Bern auffällt, so faßte er doch am 4. September 1867 mit 184 gegen 1 Stimme den nachstehenden Beschluß:

Der Große Rath des Kantons Bern,

nach Einsicht

der von den Regierungen der Kantone Bern, Solothurn, Freiburg, Waadt und Neuenburg unter Ratifikationsvorbehalt der gesetzgebenden Behörden abgeschlossenen Uebereinkunft vom 1. Juli 1867;

der Schlußnahme der Bundesversammlung vom 25. Juli 1867;

in Abänderung der §§. 2 und 3 des Dekrets über die Ausführung der Juragewässerkorrektur vom 31. Jänner 1866;

auf den Bericht und Antrag des Regierungsrathes

beschließt:

§ 1.

Der Uebereinkunft zwischen den Regierungen der Kantone Bern, Freiburg, Solothurn, Waadt und Neuenburg, betreffend die Ausführung der Juragewässerkorrektur, abgeschlossen durch die Abgeordneten an den Konferenzen vom 19. Juni und 1. Juli 1867, wird die Genehmigung ertheilt.

(Uebereinkunft vide vorstehend.)

§ 2.

Der Regierungsrath wird beauftragt, dem Großen Rath, in Uebereinstimmung mit dem Bundesbeschluß vom 25. Juli 1867 und der genehmigten Uebereinkunft, ein Dekret über die Ausführung des Unternehmens vorzulegen.

Er wird ferner beauftragt, diesen Beschluß dem Bundesrathe zu Handen der hohen Versammlung mitzutheilen.

Beitritt der andern Kantone.

Der Große Rath von Freiburg genehmigte am 26. November 1867 einstimmig die Uebereinkunft.

Nach zuverlässigen Berichten stehen dem Beitritt auch in den andern Kantonen keine ernstlichen Hindernisse mehr im Wege.

D. Verhandlungen der Abgeordneten-Versammlungen in Jns, Nidau und Yff

vom 16., 17. und 18. Dezember 1867.

Auf Grundlage des Bundesbeschlusses vom 23. und 25. Juli 1867 hat der Große Rath des Kantons Bern am 4. Sept. die Uebereinkunft der bei der Juragewässerkorrektur beteiligten Kantone mit allen gegen eine Stimme genehmigt. Seither hat Freiburg einstimmig seinen Beitritt erklärt, die andern Kantone werden folgen.

Dem schönen Werk war damit die Unterstützung des Bundes und des Kantons gesichert und somit auch der Zeitpunkt gekommen, ein vollständiges Einvernehmen mit den beteiligten Gemeinden und Grundeigenthümern zu erzielen, um gemeinschaftlich mit denselben das Unternehmen zum Segen des Landes auszuführen.

Zu diesem Zwecke mußte vor Allem eine Vertretung des beteiligten Grundeigenthums gesucht werden, zahlreich genug, um als Ausdruck der beteiligten Landesgegend gelten zu können und so zusammengesetzt, daß alle wichtigern Interessen in einem billigen Verhältniß vertreten waren. In diesem Sinne wurde vom Regierungsrath das Reglement vom 7. Oktober mit Nachtrag vom 21. Oktober erlassen, nach welchem die 66 Einwohnergemeinden im bernischen Korrektionsgebiet 179, die Direktion der Domainen und Forsten als Vertreterin des öffentlichen Eigenthums 9, zusammen 188 Abgeordnete zu ernennen hatten.

Durch diese Abgeordneten sollte das Unternehmen selbst besprochen und die leitenden Grundsätze des vom Großen Rath zu erlassenden Ausführungsdekrets vorberathen werden.

Nach § 4 des obigen Reglements war die Entsumpfungsdirektion ermächtigt, die Abgeordneten von je 2 bis 3 Amtsbezirken zu einer gemeinschaftlichen Versammlung einzuberufen.

Gestützt auf diese Ermächtigung wurden die Abgeordneten durch Einladungsschreiben vom 7. Dezember nach Kreisen in Jns, Nidau und Yff versammelt und zwar:

Am 16. Dezember in Jns die Abgeordneten der Amtsbezirke Grösch, Laupen und Neuenstadt.

Am 17. Dezember in Nidau, diejenigen der Amtsbezirke Nidau und Biel.

Am 18. Dezember in Yß, diejenigen der Amtsbezirke Büren und Narberg.

Es waren 184 Abgeordnete anwesend; Drei waren durch Krankheit und Einer durch dringende Geschäfte an der Theilnahme verhindert.

Die Verhandlungsgegenstände waren folgende:

1. Bericht über den gegenwärtigen Stand des Unternehmens.
2. Bericht über den Umfang der bernischen Arbeiten.
3. Ausführungssystem und Beitragsverhältniß.
4. Definitive Vertretung der Grundeigenthümer.
5. Landwerbung, Gerichtsstand bei Expropriationen.
6. Ausmittlung der Kostenbeiträge der Grundeigenthümer.
7. Finanzplan.
8. Bauprogramm.
9. Gründung eines Schwellenfundus für den künftigen Unterhalt der Bauten.
10. Wahl eines Ausschusses von 15 Mitgliedern zu einläßlicher Vorberathung des Ausführungsdekrets.

Jede Versammlung hatte fünf Ausgeschossene zu wählen.

Der Gang der Verhandlungen war in allen drei Versammlungen der nämliche, auch wurden in allen vollkommen übereinstimmende Beschlüsse gefaßt.

Bericht über den gegenwärtigen Stand des Unternehmens.

Nach einigen einleitenden Worten über den Zweck und die Aufgabe der Versammlungen der Abgeordneten erstattete der Direktor der Entsumpfungen unter Hinweisung auf die im Druck ausgetheilten Verhandlungen des Großen Rathes vom 31. Januar 1866 und 4. September 1867 in kurzen Zügen Bericht über die Entwicklung der Juragewässerkorrektionsfrage seit dem Jahr 1674 bis zum Bundesbeschluß vom Dezember 1863, über die seitherigen Verhandlungen unter den fünf beteiligten Kantonen auf Grundlage der gemeinsamen Ausführung, das Scheitern derselben im Oktober 1866, die Entstehung des bernischen Projektes der getrennten Bauausführung, den Abschluß einer Uebereinkunft auf dieser Grundlage am 19. Juni und 1. Juli 1867, die Erhöhung des eidgenössischen Beitrages auf 5 Millionen durch Bundesbeschluß vom Juli 1867, die Genehmigung der

Uebereinkunft durch den Großen Rath von Bern vom 4. September 1867 und über den Stand der Frage in den vier andern theilhaftigen Kantonen.

Dieser Bericht gab zu keinen weiteren Verhandlungen oder Schlußnahmen Veranlassung.

Bericht über den Umfang der bernischen Arbeiten.

Herr Ingenieur Bridel schilderte hierauf in einfachen aber klaren Umrissen den Umfang derjenigen Arbeiten, welche der Kanton Bern nach der Uebereinkunft zur Ausführung übernommen hat, nämlich des Rüdau-Bürenkanals und des Narberg-Magneßkanals.

Von beiden Kanälen gab er eine kurze Baubeschreibung; über die Länge, das Tracé, die Gefällsverhältnisse, die Breite, die Tiefe, die Anlage der Böschungen und deren Versicherung, die Hinterdämme und die nothwendigen Kunstbauten etc. an denselben. Herr Bridel entwickelte dann noch die leitenden Gedanken, welche bei der Ausführung der Bauten bestimmend auf deren Reihenfolge einwirken werden.

Die Abgeordneten wurden alsdann von dem Direktor der Entsumpfungen aufgefordert, bei diesem Anlasse alle ihre Bedenken über die technische Seite des Unternehmens frei und offen auszusprechen oder Anfragen zu stellen, sofern ihnen der eine oder andere Punkt nicht hinlänglich erörtert schiene, damit ihnen die nöthigen Aufschlüsse ertheilt werden können.

Von dieser Aufforderung wurde von mehreren Abgeordneten Gebrauch gemacht, die gewünschten Aufschlüsse wurden ertheilt und die Verhandlungen nahmen einen so allgemein befriedigenden Verlauf, daß gar keine Anträge gestellt wurden und somit auch hier keine Veranlassung zu eigentlichen Schlußnahmen vorlag.

Ausführungssystem und Beitragsverhältniß.

Der Berichterstatter hebt mit Nachdruck hervor, daß in der Wahl des Ausführungssystems der Schwerpunkt der ganzen Verhandlungen liege, und daß den Abgeordneten hiermit Gelegenheit gegeben wird, sich über den wichtigsten Grundsatz des Ausführungsdekrets einläßlich auszusprechen. Nach seiner Ansicht können drei System in Frage kommen.

Nach dem ersten System vereinigen sich sämtliche Grundeigenthümer zu einer Gesellschaft, übernehmen die Ausführung der Bauten auf ihr Risiko und der Staat unterstützt das Unternehmen, ähnlich wie der Bund, durch einen fixen Beitrag. Gegen dieses System werden die Grundeigenthümer mit Recht große Bedenken tragen; gegen

dasſelbe ſpricht übrigens die ganze Entwicklungs-Geſchichte der Jura-gewäſſerkorrektur und dagegen ſprechen ebenfalls die Vorgänge bei der Korrektur der Gürbe und der Aare im Haſlithal.

Nach dem zweiten Syſtem vereinigen ſich Staat und Grundeigenthümer zu einer gemeinſchaftlichen Ausführung der Bauten und zu gemeinſchaftlicher Tragung der Koſten nach einem zum Voraus beſtimmten Beitragsverhältniß; allfällige Mehrkoſten werden in dieſem Verhältniß getragen und allfällige Erſparniſſe werden im vorgeschriebenen Verhältniß beiden Theilen zu gut kommen. Der Berichtſtatter erklärt, daß er dieſes Syſtem aus tiefſinnigſter Ueberzeugung als das Beſte empfehlen könne, und daß er auch in Zukunft mit Liebe an der Ausführung des Werkes arbeiten werde, wenn ihm die Abgeordneten des Seelandes durch die Annahme dieſes Syſtemes mit Vertrauen entgegen kommen werden.

Betreffend das Beitragsverhältniß ſchlägt der Berichtſtatter vor, daß der Staat $\frac{1}{3}$ und die Grundeigenthümer $\frac{2}{3}$ der Koſten übernehmen ſollen, analog wie bei der Korrektur der Haſle-Aare, ſo daß dem Staate 2 Millionen und den Grundeigenthümern circa 4 Millionen auffallen würden.

Er macht im Weiteren auf die Möglichkeit aufmerkſam, daß ſich im Verlaufe der Ausführung die Wünſchbarkeit, ja Nothwendigkeit, herausſtellen möchte, noch Bauten vorzunehmen, welche im Devis zum Projekte La Nicca-Bridel von 1863 nicht vorgeſehen ſind, ſo z. B. eine neue Straße längs dem rechtſeitigen Ufer des Bielerſee's, vermehrte Uebergänge über die beiden Kanäle ꝛc. Es iſt daher zweckmäßig, daß für ſolche Fälle eine Beſtimmung in das Dekret aufgenommen werde.

Es wird vom Berichtſtatter beantragt, es ſei grundſätzlich zu beſchließen, daß die Koſten für neue Anlagen oder Veränderungen an Staatsſtraßen und damit zuſammenhängende Brückenbauten vom Staate, daß dagegen die Koſten für alle andern Bauten, welche als Ergänzung und Vervollſtändigung des Projektes La Nicca-Bridel betrachtet werden können, von dem Unternehmen, d. h. $\frac{1}{3}$ vom Staate, $\frac{2}{3}$ von Grundeigenthümern getragen werden ſollen.

Das Syſtem der gemeinſchaftlichen Ausführung wurde einſtimmig angenommen, ebenſo der vorgeschlagene Grundſatz, betreffend die Beſtreitung der Koſten für allfällige Bauten, welche im Devis von 1863 nicht vorgeſehen ſind.

Dagegen wurde in der Abgeordneten-Verſammlung von 1873 der Antrag geſtellt, es ſei das Beitragsverhältniß ſo zu beſtimmen, daß der Staat die Hälfte der Koſten übernehme. Dieſer Antrag

wurde mit allen gegen 11 Stimmen verworfen und somit das Beitragsverhältniß von 1 : 2 mit 173 Stimmen angenommen.

Definitive Vertretung der Grundeigenthümer.

Das System der gemeinschaftlichen Ausführung setzt die Organisation einer gesetzlichen Vertretung des theilhaftigen Grundeigenthums voraus. Diese Vertretung muß zahlreich genug sein, um als Ausdruck der theilhaftigen Landesgegend gelten zu können und gleichzeitig so zusammengesetzt sein, daß sich alle wichtigeren Interessen in einem billigen Verhältniß vertreten finden.

Diese Vertretung, nenne man sie Entsumpfungskommission oder Abgeordnetenversammlung, hätte die Interessen des Unternehmens auf dem wirtschaftlichen Gebiete zu berathen. Die Jahresberichte und Rechnungen entgegen zu nehmen, das Bauprogramm für das kommende Jahr zu behandeln und aus seiner Mitte einen Ausschuß zu ernennen, welcher die Schlußnahme der Vertretung zur Vorlage an die kompetenten Behörden bringt, den Gang des Unternehmens überwacht, und den ausführenden Behörden und Beamten in der Förderung und Leitung desselben, so viel wie nöthig, an die Hand geht. In dieser Mitwirkung der Vertretung und deren Ausschuß liegt ein wesentlicher Vorzug des Systems der gemeinschaftlichen Ausführung.

Der Berichterstatter setzt nun einläßlich auseinander, welche Grundsätze den Regierungsrath bei Erlaß des Reglementes vom 7. und 21. Oktober 1867 geleitet hatten und welche Faktoren bei der Berechnung der gegenwärtigen Vertretung zu Grunde gelegt worden sind. Er beantragt, es sei im Dekret eine definitive Vertretung der Grundeigenthümer aufzustellen, unmaßgeblich wird vorgeschlagen, dieselbe in ähnlicher Weise zusammen zu setzen, wie dieß in § 2 des Reglementes vom 7. Oktober 1867 bestimmt ist, das heißt, eine Kommission von 188 Mitgliedern zu wählen, welche dann aus ihrer Mitte einen Ausschuß von 15 Mitgliedern ernennen würde.

Es wurde allgemein anerkannt, daß die verschiedenen Interessen bei der gegenwärtigen Zusammensetzung der Abgeordneten-Versammlungen eine billige Vertretung gefunden haben, es wurden deshalb die Anträge des Direktors der Entsumpfungen auch einstimmig angenommen.

Landwerb. Gerichtsstand bei Expropriationen.

Das Unternehmen wird eine große Zahl Grundstücke und Rechte erwerben müssen; diese Erwerbung kann entweder auf dem Wege gülti-

cher Verhandlung oder auf dem Wege gerichtlicher Expropriationen geschehen, jedenfalls muß dem Unternehmen das Expropriationsrecht eingeräumt werden.

Der Berichterstatter spricht die Hoffnung aus, es möchte auch im Seeland gelingen, die meisten Landerwerbungen auf gütlichem Wege zu machen, wie im Hasli, wo bis dato noch kein Fall der Expropriation vorgekommen ist. Er schildert das im Regulativ über die Landerwerbungen im Hasli festgestellte Verfahren, wie folgt: Nach genauer Ausfertigung der Landerwerbungspläne werden dieselben an eine Kommission von 3 Mitgliedern überwiesen, welche auf einen mehrfachen Vorschlag des Ausschusses durch den Regierungsrath gewählt werden; die Mitglieder dürfen keinem der betheiligten Amtsbezirke angehören, die Landerwerbungskommission hat nicht mit den Grundeigenthümern zu unterhandeln, sondern nur an der Hand der vorhandenen Materialien und unter genauer Ermägung aller Verhältnisse ein motivirtes Gutachten abzugeben, welche Preisangebote das Unternehmen den Eigenthümern zu machen habe, immerhin mit Rücksicht auf den unwilligen Charakter der Abtretung. Dieses Gutachten wird dem Ausschusse zugestellt, derselbe hat sodann mit den Grundeigenthümern in Unterhandlung zu treten und, wo möglich auf Grundlage des Gutachtens die nöthigen Verträge abzuschließen; kann eine Vereinbarung zwischen Ausschuss und Grundeigenthümern nicht erzielt werden, so wird die gerichtliche Expropriation eingeleitet. Im Interesse der Grundeigenthümer steht in diesem Regulativ noch die Bestimmung, daß Eigenthümer, welche ein Grundstück theilweise zu den Zwecken des Unternehmens abtreten müssen, berechtigt sind, zu verlangen, daß das Unternehmen auch den übrig gebliebenen Theil desselben erwerbe, wenn dieser Landabschnitt weniger als eine halbe Tucharte Flächeninhalt hat. Der Berichterstatter erklärt, daß er gestützt auf die gemachten Erfahrungen, die im Regulativ für das Hasli aufgestellten Bestimmungen grundsätzlich auch für die gütlichen Landerwerbungen bei der Jura-gewässerkorrektur empfehlen könne.

Für die Fälle gerichtlicher Expropriation kann entweder das kantonale Verfahren oder das eidgenössische Verfahren vorgeschrieben werden, oder es kann auch im Dekret ein besonderes Verfahren aufgestellt werden. Der Berichterstatter erklärt, daß er in diesem Punkt keinen Antrag stelle, sondern bereit sei, dem Großen Rathe dasjenige Verfahren zu empfehlen, in welches die Vertreter der betheiligten Landes-gegend in ihrer Mehrheit das größte Vertrauen setzen.

Das vorgeschlagene Verfahren für die Landerwerbungen auf gütlichem Wege wird einstimmig angenommen. In Nidau wurde im Weiteren noch eine Bestimmung erheblich erklärt, dahin gehend, daß

das Unternehmen auch berechtigt sein solle, solche Abschnitte zu erwerben, für welche als Inkonvenienz-Entschädigung mehr als ein Viertel ihres Gesamtwertes gefordert wird (Art. 5 des eidg. Expropriationsgesetzes vom 1. Mai 1850).

Die Wahl des Verfahrens bei gerichtlichen Expropriationen gab zu längeren Verhandlungen Anlaß. Allgemein war man geneigt, die kantonalen Gerichte zu wählen, man machte aber geltend, das neue Expropriationsgesetz sei schon im Entwurf zu weitreichend angelegt gewesen, es habe derselbe vorherrschend die Expropriationen bei Eisenbahn und Straßenbauten im Auge gehabt u. s. w., nun sei dieser Entwurf in der ersten Berathung noch so verstümmelt worden, daß er kein logisches Ganze mehr bilde.

Das Ergebnis der Verhandlungen kann ungefähr in folgende Resolutionen zusammengefaßt werden:

1. Es sei der kantonale Gerichtsstand zu wählen.
2. Es sei in der zweiten Berathung des kantonalen Expropriationsgesetzes mit allem Nachdruck auf eine Vereinfachung des Verfahrens hinzuwirken.
3. Für den Fall, daß eine solche Vereinfachung nicht erreicht werden könne, oder für den Fall, daß das Gesetz in zweiter Berathung verworfen würde, sei in dem Dekret ein besonderes Verfahren vorzusehen.

Die Ausmittlung der Kostenbeiträge der Grundeigenthümer.

Der Berichterstatter erklärt vor Allem, daß der Perimeter und die Schätzungen von 1866 nur den Zweck gehabt haben, das Beitragsverhältniß unter den Kantonen zu ermitteln und daß dieselben also für das Beitragsverhältniß der Grundeigenthümer unter sich keineswegs verbindlich seien.

Um die Ausmittlung der Kostenbeiträge der Grundeigenthümer unter sich festzustellen, sind daher noch mehrere umfassende Arbeiten auszuführen, nämlich: die Feststellung des Perimeters, die Schätzung des gegenwärtigen Werthes der einzelnen Grundstücke und die Schätzung ihres künftigen Werthes, die Berechnung des Mehrwerthes, als Scala der zu leistenden Beiträge.

Nach einläßlichen Erörterungen über das einzuschlagende Verfahren bei diesen Operationen stellt der Berichterstatter folgende Anträge:

1. Im Jahr 1868 wird durch die Bauleitung der Perimeter des Korrektionsgebietes entworfen, die Pläne werden öffentlich aufgelegt, den Grundeigenthümern wird eine hinlängliche Frist zur Geltendmachung von Einsprachen eingeräumt, die Einsprachen werden dem Ausschuss übermittelt zur Begutachtung und der Regierungsrath entscheidet über deren Begründetheit.
2. Nach Feststellung des Perimeters wird der gegenwärtige Werth der innerhalb desselben liegenden Grundstücke auf dem Wege der Einzelschätzung ausgemittelt. Eine Schätzungskommission, durch den Regierungsrath gewählt, auf einen mehrfachen Vorschlag des Ausschusses, bestehend aus Mitgliedern, welche nicht den betheiligten Amtsbezirken angehören, hat Grundstück für Grundstück mit seinen Rechten und Beschwerden nach seinem gegenwärtigen Werth zu schätzen; die Schätzung wird öffentlich aufgelegt und den Grundeigenthümern eine hinlängliche Frist zu Einsprachen eingeräumt; die Einsprachen werden vom Ausschuss begutachtet und der Regierungsrath entscheidet über deren Begründung;
3. Im Jahr 1877 findet eine zweite Einzelschätzung nach dem nämlichen Verfahren statt.
4. Der durch die Vergleichung der beiden Schätzungen ermittelte Mehrwerth bildet für das Ganze, für jede Gemeinde, sowie für jedes einzelne Grundstück den Maßstab, nach welchem die dem Grundeigenthum auffallenden Kosten des Unternehmens zu tragen sind.
5. Die Einzahlungen vor dem Jahr 1877 werden auf der Grundlage einer provisorischen Bezugsliste geleistet, welche mit Berücksichtigung der in dem Bericht der eidgenössischen Mehrwerthschätzungskommission vom 13. Juli 1866 enthaltenen Grundlagen durch den Ausschuss entworfen und vom Regierungsrath genehmigt wird. Nach erfolgter Ermittlung des Mehrwerthes findet dann eine Abrechnung statt und von diesem Zeitpunkte hinweg haben die weiteren Einzahlungen auf der neuen Grundlage stattzufinden.

Im Laufe der Verhandlungen wurden noch einige Erläuterungen ertheilt und dann sämtliche Anträge einstimmig angenommen.

Finanzplan.

Als Einleitung hebt der Direktor der Entsumpfungen hervor, daß der vorliegende Verhandlungsgegenstand, nächst demjenigen über

die Wahl des Ausführungssystems, der Wichtigste sei und daß hier nur den Abgeordneten Anlaß geboten werde, der Opferwilligkeit der betheiligten Bevölkerung einen praktischen und überzeugenden Ausdruck zu geben. Es sei für das Gelingen eines jeden größeren Unternehmens wichtig, einen gesunden Finanzplan aufzustellen. Im Bewußtsein dessen, habe er seit dem Großrathsbeschuß vom 4. September dieser Seite der Frage seine ganze besondere Aufmerksamkeit geschenkt und sei nun im Fall, den Abgeordneten vier verschiedene Finanzpläne vorzulegen, aus welchen dieselben einen klaren Einblick in die finanzielle Seite des Unternehmens und in die verschiedenen Systeme mit ihren Konsequenzen gewinnen können. Ueberzeugt, daß die Abgeordneten unter den vier Finanzplänen denjenigen wählen werden, welcher den gegebenen Verhältnissen am besten entsprechen wird, erklärt er sich zum Voraus bereit, den von der Mehrheit der Abgeordneten gewählten Finanzplan bei den kompetenten Behörden zur Annahme zu empfehlen.

Alle vier Finanzpläne gehen übereinstimmend von folgenden Voraussetzungen aus:

1. Staat- und Grundeigenthümer führen das Unternehmen gemeinschaftlich aus. Das Beitragsverhältniß wird bestimmt wie 1 : 2=
2. Uebereinstimmend mit Bundesbeschuß und Uebereinkunft wird eine Bauzeit von 10 Jahren angenommen. Sie zerfällt in drei Perioden:

Die erste Bauperiode umfaßt 4 Jahre, d. h. 1868—1871;
 „ zweite „ „ 3 Jahre, d. h. 1872—1874;
 „ dritte „ „ 3 Jahre, d. h. 1875—1877.

Die Arbeiten sollen so gefördert werden, daß die beiden Kanäle am Schlusse der zweiten Bauperiode eröffnet werden können.

Auf die dritte Bauperiode werden verschoben: Allfällige Nachbaggerungen, Versicherungen, Planirarbeiten an den Ufern und Dämmen, Nachbesserungen aller Art 2c.

3. Die Baukosten sind auf 10 Millionen Franken veranschlagt, worunter 1,460,000 Franken für Unvorhergesehenes;
4. Es wird vorausgesetzt, daß der Bund in den ersten 8 Jahren jährlich 500,000 Fr. und im 9. Jahre die Restanz mit 340,000 Fr. einzahle;
5. Die Einzahlungen des Staats und der Grundeigenthümer beginnen gleichzeitig; sie betragen per Jahr 600,000 Fr., wovon der Staat 200,000 Fr. und die Grundeigenthümer 400,000 Fr. leisten;

Diese Einzahlungen werden gleichmäßig fortgesetzt, bis die Baukosten gedeckt, das Bauanleihen verzinst und zurückbezahlt und ein hinreichender Schwellenfond dotirt ist;

6. Endlich wird angenommen, daß ein allfälliges Bauanleihen vom Staat auf Rechnung des gemeinschaftlichen Unternehmens besorgt werde.

Der erste Finanzplan ruht auf der Annahme, daß die Einzahlungen vom Staat und Grundeigenthum schon mit dem Jahr 1868 beginnen und somit kein Anleihen nothwendig würde.

Die Geldmittel würden beschafft:

Durch den Bund: nach Ziff. 4	Fr. 4,340,000
" den Staat: 10 Raten	" 2,000,000
" die Grundeigenthümer: 10 Raten	" 4,000,000
Summa:	<u>Fr. 10,340,000</u>

Dieselben werden verwendet:

für die Bauten;

erste Periode	Fr. 4,400,000
zweite Periode	" 3,300,000
dritte Periode	" 2,300,000
	<u>Fr. 10,000,000</u>
für den Schwellenfond bleiben verfügbar	" 340,000
Summa:	<u>Fr. 10,340,000</u>

Dieser Finanzplan bietet folgende Vortheile:

Kein Anleihen, somit auch kein Zinsenverlust und keine Amortisation.

Mit der Vollendung der Bauten ist auch das ganze Unternehmen abgeschlossen.

Dagegen sind folgende Nachtheile geltend zu machen:

In das erste Jahr fallen große Kosten für erste Einrichtungen, Anschaffungen von Maschinen, Landwerb etc., so daß in diesem Jahr für die eigentlichen Bauten wenig verfügbar bliebe.

Die 7,700,000 Fr. der zwei ersten Baujahre sind kaum ausreichend, um am Schluß des 7. Jahres die beiden Kanäle eröffnen zu können, so daß für 2,300,000 Fr. Arbeiten auf die dritte Bauperiode verschoben werden müssen, was die Aufgabe der Bauverwaltung nicht unwesentlich erschweren wird.

Diese technischen Schwierigkeiten sind zwar zu überwinden, dagegen wird es den Grundeigenthümern schwer fallen, mit den Einzahlungen schon jetzt zu beginnen, bevor die Arbeiten in vollem Gange sind und der Arbeitsverdienst auf die Leistungsfähigkeit günstig zurückwirkt.

Der zweite Finanzplan beruht auf der Annahme, daß die Einzahlungen vom Staat und Grundeigenthum mit dem Jahr 1870 beginnen und daß für die Bedürfnisse der ersten zwei Baujahre ein Anleihen von 2 Millionen aufgenommen würde.

Die Geldmittel werden aufgebracht durch:

Anleihen	Fr. 2,000,000
Den Bund	" 4,340,000
Den Staat circa 11 $\frac{3}{4}$ Raten	" 2,351,000
Die Grundeigenthümer dito	" 4,702,000
Summa:							Fr. 13,393,000

Sie werden verwendet:

für die Bauten:

erste Periode	Fr. 4,950,000
zweite Periode	" 3,000,000
britte Periode	" 2,050,000
	<hr/>
	Fr. 10,000,000

Verzinsung:

während der Bauzeit	Fr. 850,000
nach derselben	" 253,000
	<hr/>
	Fr. 1,103,000
Rückzahlung des Anleiheus	" 2,000,000
Für den Schwellensond bleiben verfügbar	" 290,000
	<hr/>
Summa:	Fr. 13,393,000

Vortheile:

Im Vergleich zum ersten Finanzplan können die ersten Einrichtungen, die Anschaffung von Maschinen, der Landerwerb etc. leichter besorgt werden und zwar ohne Einschränkung der eigentlichen Bauarbeiten.

Es können in der ersten Bauperiode für 550,000 Fr. mehr Arbeiten ausgeführt werden, wodurch die dritte Bauperiode ansehnlich erleichtert wird.

Nach 2 Jahren wird die Bevölkerung bereits die günstigen Nachwirkungen der in dortiger Gegend verwendeten 3 Millionen verspüren und leichter die Einzahlungen leisten können.

Nachtheile:

Ein Zinsverlust von 1,103,000 Fr. und eine Verzögerung des Rechnungsabschlusses um 4 Jahre d. h. bis 1881.

Der dritte Finanzplan beruht auf der Annahme, daß die Einzahlungen von Staat und Grundeigenthum mit dem Jahr 1871 beginnen und daß für die Bedürfnisse der ersten drei Baujahre ein Anleihen von 3 Millionen aufgenommen wird.

Die Geldmittel werden beschafft durch:

Anleihen	Fr. 3,000,000
Den Bund	" 4,340,000
Den Staat, circa 13 Raten	" 2,584,000
Die Grundeigenthümer id.	" 5,168,000
Summa:	Fr. 15,092,000

Sie werden verwendet:

Für die Bauten:	
erste Periode	Fr. 5,300,000
zweite Periode	" 2,850,000
britte Periode	" 1,850,000
	<hr/>
	Fr. 10,000,000

Verzinsung:

während der Bauzeit	Fr. 1,200,000
nach derselben	" 552,000
	<hr/>
	Fr. 1,752,000
Rückzahlung des Anleiheus	" 3,000,000
Für den Schwellenfond bleiben verfügbar	" 340,000
	<hr/>
	Fr. 15,092,000

Vorthelle:

Größere Leichtigkeit für die ersten Einrichtungen und größere Affektionskraft in der ersten Bauperiode, Erleichterung für die dritte.

Bis zum Zeitpunkte der Einzahlungen sind bereits 4,350,000 Fr. im Seeland verbaut.

Nachtheile:

Ein Zinsenverlust von 1,752,000 Fr. und eine Verzögerung des Rechnungsabschlusses um 6 Jahre, d. h. bis 1883.

Der vierte Finanzplan beruht auf der Annahme, daß die Einzahlungen von Staat und Grundeigenthum mit dem Jahr 1872 beginnen und daß für die Bedürfnisse der ersten vier Baujahre ein Anleihen von 4 Millionen aufgenommen wird.

Die Geldmittel werden beschafft durch:

Anleihen	Fr. 4,000,000
Den Bund	" 4,340,000
Den Staat circa $14\frac{3}{8}$ Raten	" 2,872,000
Die Grundeigenthümer id.	" 5,744,000
	<hr/>
	Fr. 16,956,000

Sie werden verwendet:

Für die Bauten:

erste Periode	Fr. 5,700,000
zweite Periode	" 2,700,000
dritte Periode	" 1,600,000
	<hr/>
	Fr. 10,000,000

Verzinsung:

während der Bauzeit	Fr. 1,500,000
nach derselben	" 1,016,000
	<hr/>
	Fr. 2,516,000
Rückzahlung des Anleiheus	" 4,000,000
Für den Schwellenfond bleiben verfügbar	" 440,000
	<hr/>
Summa:	Fr. 16,956,000

Vortheile:

Noch größere Leichtigkeit und Aktionskraft in der ersten Bauperiode.

Bis zum Zeitpunkte der Einzahlungen wären bereits 5,700,000 Fr. im Seeland verbaut.

Nachteile:

Ein Zinsverlust von 2,516,000 Fr. und eine Verzögerung des Rechnungsabschlusses um 9 Jahre, d. h. bis 1886.

Nach diesen Auseinandersetzungen empfiehlt der Berichterstatter vorzugsweise den zweiten und dritten Finanzplan.

Das Ergebniß der hierauf folgenden Verhandlungen war die einstimmige Annahme des zweiten Finanzplanes, somit würden die Einzahlungen von Staat und Grundeigenthümern bereits mit dem Jahr 1870 beginnen und es wäre für die Bedürfnisse der zwei ersten Baujahre ein Anleihen von 2 Millionen aufzunehmen und zwar vom Staat und Grundeigenthum gemeinschaftlich.

Bauprogramm.

Die Grundzüge des Bauprogramms sind durch den Finanzplan bereits angegeben, die Ausarbeitung der nöthigen Details ist dann Aufgabe der Bauleitung und es sind zu diesem Zwecke noch ansehnliche Vorarbeiten zu machen. Ueber das Verfahren bei Vorlage und Genehmigung der allgemeinen und speziellen Baupläne und über die Beziehung zum Bundesrath sind noch Vereinbarungen mit dieser Behörde zu treffen. In allen diesen Punkten können noch keine Schlüsse gefaßt werden, dagegen wünscht die Direktion der Entsumpfungen die Ansicht der Abgeordneten über das System der Bauvergebung zu kennen.

Sie gedenkt nämlich, von der Bauvergebung an einen Generalunternehmer von vorneherein zu abstrahiren und die Bauten unter Regieleitung an verschiedene Unternehmer zu vergeben, bei einzelnen Bauten sogar an kleine Affordanten; das Unternehmen würde z. B. die Baggermaschinen etc. anschaffen und den Unternehmern so vermieten, daß das aufgewendete Kapital sich während der Bauzeit amortisiren würde.

Die Abgeordneten erklärten sich grundsätzlich mit diesem System der Bauvergebung einverstanden.

Gründung eines Schwellenfonds.

Nebst der Ausführung der Bauten muß auch für deren künftigen Unterhalt Vorsorge getroffen werden. Dieser Unterhalt kann in Zukunft weder den Gemeinden zwischen Narberg und Meienried, noch denjenigen zwischen Narberg und Haguet auferlegt werden; es wäre dieß erstens nicht recht und zweitens nicht zweckmäßig, die Bauten verlangen einen steten sorgfältigen Unterhalt, welcher nur durch eine ständige einheitliche Verwaltung mit Konsequenz besorgt werden kann.

Die einfachste und zweckmäßigste Lösung dieser Frage ist die, daß das ganze Unternehmen, Staat und Grundeigenthum für die Gründung eines Schwellenfonds eintreten, sowie dieß seiner Zeit bei der Linthkorrektur mit gutem Erfolg geschehen ist. Dieser Schwellenfond muß groß genug sein, um aus dem Ertrag desselben den jährlichen Unterhalt der Bauten zu bestreiten und um selbst für allfälligen Schaden im Fall von Dammbrüchen eintreten zu können; an welchen Fall der Berichterstatter zwar bei der gegenwärtig projektirten Anlage des Haguetkanals nicht glaubt.

Im Jahr 1865 hat die Entsumpfungsdirektion eine Expertise angeordnet, um zu erfahren, welches Kapital erforderlich wäre, um den jährlichen Unterhalt der beiden Kanäle ausreichend besorgen zu können. Experten waren die Herren Ingenieur Wehren, welcher die Aufsicht über den bisherigen Unterhalt führte, ferner Ingenieur Vegler in Weesen, welcher seit 25 Jahren dem Unterhalt der Linthgewässer vorsteht, und endlich Ingenieur Bridel, welcher mit Herrn La Nicca die Anlage der neuen Kanäle projektirt hat. Diese Experten halten einen Schwellenfond von 600,000 Fr. für ausreichend.

Dieser Schwellenfond wäre in der Weise zu gründen, daß sämtliche Alluvionen, Strandböden, verlassene Flußbette *re.*, welche nicht Gemeinden oder Privaten gehören, dem Unternehmen überlassen und in einem billigen Anschlag als Aktiven dem Schwellenfond einverleibt werden. — Die Schätzungsexperten von 1866 haben die 4033 Zucharten Strandböden und Flußbette, welche Bern zufallen auf 290,000 Fr. gewerthet.

Schlägt man hierzu die Summe, welche nach dem Finanzplan Nr. 2 verfügbar bleibt mit ebenfalls 290,000 Fr., so erhält man bereits einen Schwellenfond von 580,000 Fr.

Sollte diese letztere Summe nicht disponibel bleiben, oder sollte sich später erzeigen, daß ein Schwellenfond von 600,000 Fr. nicht genügt, so wäre mit den Einzahlungen von Staat und Grundeigenthum im Verhältniß von 1 : 2 fortzufahren, bis allen Verpflichtungen des Unternehmens genügt werden kann.

Der Berichterstatter schließt mit dem Antrag, es sei im Dekret in der angegebenen Weise die Bildung eines Schwellenfonds von 600,000 Fr. vorzusehen.

In den hierauf folgenden Verhandlungen wird von den Abgeordneten von Bagen gewünscht, es möchte im Dekret selbst mit bestimmten Worten der Grundsatz ausgesprochen werden, daß die einzelnen Gemeinden nie mit größerer Schwellenpflicht belastet werden sollen und daß das Unternehmen für allfälligen Schaden einstehe. Der Berichterstatter gibt die Erheblichkeit eines solchen Zusatzes zu.

Die Anträge der Entsumpfungsdirektion werden im Uebrigen einstimmig angenommen.

Wahl des Ausschusses.

In den Abgeordnetenversammlungen konnten nur leitende Grundsätze berathen werden, nicht bestimmte Redaktionen. Die Entsumpfungsdirektion hielt es daher für zweckmäßig, daß aus der Mitte der Versammlungen ein Ausschuß von 15 Mitgliedern gewählt werde zur einläßlichen Vorberathung des Dekrets.

Es wurden in diesen Ausschuß gewählt :

Sigri, Regierungstatthalter in Erlach ;
Rebel, C., Nationalrath in Neuenstadt ;
Herren, Regierungstatthalter in Laupen ;
Gnger, Großrath in Gampelen ;
Jüri, Großrath in Ins ;
Junk, Regierungstatthalter in Nidau ;
Kuhn, Regierungstatthalter in Biel ;
Schwab, Fürsprecher in Nidau ;
Mühlheim, Sekretär in Bern ;
Werren, Bezirksingenieur in Biel ;
Nikles, Regierungstatthalter in Narberg ;
v. Känel J., Negot., Großrath in Narberg ;
Stauffer, Regierungstatthalter in Büren ;
Kaiser, Großrath in Büren ;
Eggli, Nationalrath in Büren.

Mit der Wahl des Ausschusses waren die Verhandlungen geschlossen.

Der Finanzplan und das Bauprogramm Nr. 2 wurden am 23. Dezember vom Regierungsrath grundsätzlich genehmigt und die Entsumpfungsdirektion beauftragt ein Dekret zu entwerfen im Sinne der Resolutionen, welche mit den Abgeordneten der betheiligten Gemeinden vereinbart wurden.

Sofort nach erfolgtem Beitritt der Kantone Solothurn, Waadt und Neuenburg wird das Ausführungsdekret dem Großen Rathe vorgelegt werden.

2. Haslethal-Entsumpfung.

Das Unternehmen der Haslethal-Entsumpfung ist in rascher Ausführung begriffen. Das einmüthige Zusammenwirken der Direktion und des leitenden Ingenieurs, des Ausschusses und der Entsumpfungsgesellschaft ist geeignet dem Unternehmen einen günstigen Erfolg zu sichern.

Durch den Beschluß des Großen Rathes vom 27. November 1867 betreffend den Umbau der Wylerbrücke und die Verlegung der Brienz-Meiringenstrasse wurde eine Ergänzung und Erweiterung des Unternehmens erreicht, welche im höchsten Interesse der ganzen Gegend und von allgemeiner volkswirtschaftlicher Bedeutung ist. Der Umbau der Wylerbrücke wurde nothwendig, weil das gegenwärtige Mauerwerk nur eine Breite von 92 Fuß hat, während der neue Mauerkanal mit seinen Vorländern und Dammböschungen eine Brücke von 167 Fuß Spannweite erfordert. Gegen eine Verlängerung der alten Brücke machten die Techniker mehrere sehr gewichtige Gründe geltend. Betreffend den Oberbau sprach sich die allgemeine Stimmung sehr lebhaft für eine offene eiserne Brücke aus; eine solche mit 16 Fuß Jahrbreite mit Zoresbelag und Beschotterung war veranschlagt zu circa 40—42,000 Fr., eine hölzerne Brücke von gleicher Jahrbreite zu 32,000 Fr. Die Behörden entschieden sich für eine offene eiserne Brücke, sofern das Unternehmen, Abtheilung Mauerkorrektur, die Differenz der Kosten mit circa 8—10,000 Fr. übernehme. Der zweite Gegenstand, die Verlegung der Brienz-Meiringenstrasse ist ebenfalls ein schönes Werk. Von der Wylerbrücke hinweg zieht sich nämlich die alte Strasse in vielen Krümmungen durch das Korrektionsgebiet an die linke Thalgwand hinüber und dieser entlang über Unterheid nach der Neubrücke; es fehlt der Strasse die gesetzliche Breite, ihre Lage auf der Schattseite des Thales erschwert den Unterhalt in Folge des langsamen Trocknens und macht das Befahren im Spätherbst, Winter und Frühjahr sehr unerfreulich. Die Nothwendigkeit einer Korrektur war daher längst erkannt und für eine solche im Straßennetz bereits eine Summe von 40,000 Fr. vorgesehen. — Nach den übereinstimmenden Berichten der Techniker ist eine Verlegung der Strasse an den Hinterdamm des linksseitigen Mauerfers die natürlichste, beste und gleichzeitig die wohlfeilste Lösung dieser Frage, sofern sie gleichzeitig mit der Mauerkorrektur ausgeführt wird; das Trace der neuen Strasse läuft parallel mit dem Hinterdamm, die Länge beträgt 22,200', also 1,300' weniger als die alte Strasse; die neue Strasse wird beinahe horizontal, sie kommt 4' tiefer als die Dammkrone und circa 3' höher als das umliegende Land, so daß sie auch für die Be-

wirthschaftung der entsumpften Liegenschaften dienen wird. Diese Straße wird die Ansiedelungen im Entsumpfungsgebiet ungemein begünstigen. Selbstständig ausgeführt, würde die Straße 72,000 Frk. kosten, in Verbindung mit der Markkorrektur nur 50—57,000 Franken.

Der Beschluß des Großen Rathes vom 27. Nov. 1867 lautet:

1. An einen Neubau der Wylerbrücke mit eisernem Oberbau leistet der Staat einen Beitrag von Fr. 32,000.
2. Die Brienz-Meiringenstrasse soll verlegt werden, indem sie von der Wylerbrücke hinweg hinter dem linksseitigen Hinterdamm und parallel mit demselben bis zur Neubrücke geführt wird. An diese Straßenverlegung leistet der Staat einen Beitrag von Fr. 40,000.
3. Die Ausrichtung dieser Beiträge wird an folgende Bedingungen geknüpft:
 - a. Das Unternehmen der Haslethalentsumpfung, Abtheilung Markkorrektur, übernimmt die Ausführung der Bauten und den Mehrbetrag der Kosten, dagegen fällt demselben das Material der alten Brücke zu;
 - b. Die Baupläne unterliegen der Genehmigung des Regierungsrathes und die Ausführung geschieht unter der Kontrolle der Direktion der öffentlichen Bauten;
 - c. Durch die Verlegung der Straße soll der Staat für den Uferschutz nicht in größere Mitleidenschaft gezogen werden als gegenwärtig, auch soll, um allfälligen Verkehrshindernissen auf alle Zeiten vorzubeugen, die alte Straße oder ein anderer Parallelweg als Nothstraße benutzt werden können;
 - d. Die Beiträge des Staates werden in zwei Jahresraten bezahlt, von dem Zeitpunkte an gerechnet, da die Jahresbeiträge an die Markkorrektur im gegenwärtigen Betrag aufhören.

Durch Schlußnahme vom 3. Dezember erklärte die Entsumpfungskommission die Annahme der vom Großen Rathe gestellten Bedingungen.

Flureintheilung und Anlage ständiger Flurwege.

In §. 17 des Dekrets vom 1. Februar ist die Eintheilung des Entsumpfungsgebietes in Fluren und die Anlage ständiger Flurwege vorgesehen. Beides wurde aber der Initiative der beteiligten Grundeigenthümer anheimgestellt.

Es ist erfreulich, daß die Entsumpfungsgesellschaft die Wichtigkeit dieser Frage anerkannt und bereits am 3. Dezember die Ausführung eines Netzes von ständigen Flurwegen beschlossen hat. Zur Vorberathung wurde eine besondere Siebnerkommission aufgestellt und der leitende Ingenieur mit der Entwerfung eines solchen Netzes beauftragt.

Die Grundeigenthümer haben durch diese Schlußnahme in ihrem wohlverstandenen Interesse gehandelt, denn erst durch die Anlage ständiger Feldwege wird es ihnen möglich werden, sich den ganzen vollen Nutzen der Entsumpfung zu sichern.

Die Schätzungen des gegenwärtigen Werthes sind im Frühjahr und Sommer beendigt worden. Die öffentliche Auflage hat noch nicht stattgefunden, weil die Eingaben der Grundeigenthümer in Sachen der Wegrechtsermittlung nicht genügten und eine genaue Revision der daherigen Angaben nothwendig wurde.

Die Ausmarchungen am Brienzersee und an der Aare bis zur Wylerbrücke sind vollendet.

Die Landerwerbungen für das 1 und 2 Loos der Markorrektion, die Umgebung der Wylerbrücke, den Gurgenchbachkanal und für das 1 und 2 Loos des Hauptkanals sind beendigt, das Gutachten der Landerwerbungscommission wurde jeweilen dem Ausschuß und den Grundeigenthümern mitgetheilt, dann wurden die Kaufverträge von Ausschuß unter Genehmigungsvorbehalt der Entsumpfungsdirektion abgeschlossen und dann auf einen bestimmten Tag die Auszahlung der Kaufbeträge angeordnet.

Das im Regulativ vom 23. August 1866 aufgestellte Verfahren hat sich als zweckmäßig bewährt, alle Erwerbungen haben auf dem Wege gütlicher Uebereinkunft stattgefunden, was sowohl der Landerwerbungscommission und dem Ausschuß, als der theilhaftigen Bevölkerung zur Ehre gereicht.

Die Bauten sind unter der umsichtigen und fachverständigen Leitung des Herrn Karl von Grassenried mit großer Thätigkeit gefördert worden. Die pünktliche und klare Geschäftsführung des leitenden Ingenieurs verdient volle Anerkennung.

Nachstehend folgt ein kurzer Ueberblick über den gegenwärtigen Stand der Bauten.

1. Markorrektion.

Seedämme. An der Ausmündung des neuen Markkanals waren zwei mit Steinwurf verkleidete Seedämme von 165 Fuß Länge auszuführen um den Kanal bis zu einer größern Seetiefe zu leiten.

Diese Dämme waren devisirt zu Fr. 7950 und wurden mit 20% Abgebot an die Herren Gribi und Zimmerli veraffordirt.

Nach dem Inspektionsbericht des Herrn Ingenieur Bridel sind die Seedämme nach Vorschrift ausgeführt.

Die Abrechnung ergiebt:

Affordarbeiten von Gribi und Zimmerli	Fr. 4389. 91
Arbeiten in Regie ausgeführt	„ 807. 40
	<hr/> Fr. 5197. 31

Der neue Markanal erhält ein Normalprofil wie folgt: Sohlenbreite 60', Tiefe 9', Böschungen 1½füßig mit Steinwurf verkleidet, Vorländer von 40' Breite und Hinterdämme von 7' Höhe, 10' Kronenbreite, innere Böschung 2füßig, äußere Böschung 1½füßig. — Das Gefäll beträgt von der Wylerbrücke bis in den See 2, 160/100.

Der neue Markanal zerfällt in mehrere Loose:

Das 1. Loos des Markanals umfaßt die Strecke vom Brienzersee bis zu den Wikenen und hat eine Länge von 6700 Fuß, während der alte Aarenlauf mit seinen vielen Krümmungen eine Länge von ca. 10,900 Fuß hat; durch diese Abkürzung von 4200 Fuß wird das schwache Gefäll im untern Flußlauf auf 2,160/100 vermehrt; diese Vermehrung des Gefälls, verbunden mit dem engern Querprofil, soll die Thätigkeit des Flusses so befördern, daß er auch bei kleinern Wasserständen das Geschiebe in den See abführt. Das Trage des ersten Looses beginnt mit dem Durchstich in der Winkelmatte von 1000 Fuß Länge, durchschneidet den alten Aarenlauf und setzt sich mit einem Durchstich von 5500 Fuß durch die Stegmatten und die tiefen Wiesen fort.

Am 29. November 1866 wurde der Bauplan für das erste Loos vom Regierungsrath genehmigt. Dasselbe war mit Ausschluß der Seedämme, des Oberbau's, der Stegmattenbrücke und den Absperrungen in den Wikenen, welche später mit dem zweiten Loos verbunden wurden devisirt wie folgt:

Affordarbeiten	Fr. 121,543.
Regiearbeiten	„ 10,960.
	<hr/> Fr. 132,503.

Nach erfolgter Ausschreibung wurden die Affordarbeiten auf den Antrag des Ausschusses den Herren Gribi und Zimmerli zur Aus-

führung übertragen $10\frac{1}{2}\%$ unter dem Voranschlag. Nach dem Vertrag hätte die Eröffnung beider Durchstiche vor dem Eintritt des Sommerwassers stattfinden sollen und deshalb wurde der Termin etwas knapp gestellt, auf 31. März 1867.

Am 19. Dezember wurden die Erdarbeiten begonnen, am 8. Mai der untere Durchstich eröffnet und Ende Juli auch der obere Durchstich vollendet; die Eröffnung des Letztern konnte aber wegen den hohen Wasserständen nicht stattfinden und mußte in Verbindung mit dem zweiten Loos auf den Herbst verspart werden.

Die Inspektion der Arbeiten durch Herrn Ingenieur Bridel fand am 7.—9. September statt und ergab ein günstiges Resultat.

Die Abrechnung ergibt:

Aufordarbeiten der HH. Gribi u. Zimmerli	Fr. 110,433. 39
Regiearbeiten	„ 7423. 53

zusammen: Fr. 117,856. 92

Die arithmetische Richtigkeit der Rechnung ist von den Unternehmern anerkannt, dagegen wird die Frage über Anwendung der Konventionalstrafe und eine Gegenforderung der Unternehmer nach §. 24 des Bedingnißheftes, kompromißweise dem Entscheid des Appellations- und Kassationshof anheimgestellt.

Die Stegmattenbrücke. Durch den neuen Kanal kommt ein großer Theil des Brienzerbodens auf das linke Ufer zu liegen, es mußte daher eine Fahrbrücke von 170 Fuß Spannweite hergestellt werden.

Um über die Kosten des Oberbaues genaue Anhaltspunkte zu erhalten und um mit Sicherheit die Wahl zwischen einer Konstruktion in Eisen oder Holz treffen zu können, wurden öffentliche Ausschreibungen für beide Konstruktionsarten gemacht.

Für eine Brücke in Eisen mit zwei eisernen Pfeilern, mit eisernen Längsschwellen und Holzbelag betrug das günstigste Angebot Fr. 13,300.

Das Kapital für den Unterhalt und die Erneuerung wurde berechnet auf Fr. 5,500.

zusammen: Fr. 18,800.

Für eine hölzerne gedeckte Brücke mit zwei steinernen Pfeilern Fr. 10,860

Das Kapital des Unterhalts und der Erneuerung Fr. 7,500

zusammen: Fr. 18,360

Die Mehrkosten von Fr. 440 werden durch so wesentliche Vortheile aufgewogen, daß die Entsumpfungsdirektion im Einverständniß mit dem leitenden Ingenieur, aber entgegen der Mehrheit des Ausschusses beim Regierungsrath die Ausführung eines eisernen Oberbau's beantragte. Am 6. Februar genehmigte der Regierungsrath den dahierigen Plan.

Der Bau wurde rechtzeitig vollendet, am 9. September fand nach Anordnung des Herrn Ingenieur Bridel die Probebelastung statt. Das Ergebnis derselben wird in dem Inspektionsbericht als sehr befriedigend bezeichnet.

Im ursprünglichen Devis waren die Kosten einer hölzernen Stegmattenbrücke veranschlagt zu

Fr. 10,000

Die wirklichen Kosten der eisernen Brücke betragen

Fr. 13,337. 60

Der Fußsteg in der Winkel matt. Der Durchstich in der Winkel matt hatte auch die Unterbrechung einer Fußwegverbindung zwischen Brienz und Bottenbalm zur Folge, der früher durch einen sogenannten Wintersteg in der Nähe der Marenmündung vermittelt wurde.

An die Kosten des neuen auf Fr. 1400 veranschlagten Fußsteges leistet das Unternehmen an die Gemeinde Brienz einen freiwilligen Beitrag von Fr. 500. Der Fußsteg ist von der Gemeinde Brienz bereits erstellt worden.

Das zweite Loos des Markkanals umfaßt die Strecke von den Wikenen bis in die Brückmatt und hat eine Länge von 3900 Fuß. Es werden durch den neuen Kanal drei große Biegungen in der untern Krümmeney (linkes Ufer) im Ghelti (rechtes Ufer) und in der obern Krümmeney (linkes Ufer) abgeschnitten.

Am 29. Juli 1867 wurde der Bauplan vom Regierungsrath genehmigt; derselbe ist mit Ausschluß der Vanderwerbungen devisirt wie folgt:

Affordarbeiten Fr. 76,679

Regiearbeiten und Unvorhergesehenes . . . „ 11,321

zusammen: Fr. 88,000

Nach erfolgter Ausschreibung wurden die Affordarbeiten auf den Antrag des Ausschusses den Herren Seiler und Wiedmer in Brienz zu den im Voranschlag bezeichneten Einheitspreisen veraffordirt.

Die Arbeiten sind rechtzeitig begonnen worden. Am 9. Dezember wurde die Verbindung zwischen dem ersten und zweiten Loos hergestellt. Das Loos soll bis 15. März 1868 vollendet sein.

Wylerbrücke. Nachdem am 3. Dezember die Schlußnahme des Großen Rathes in Kraft erwachsen war, wurden am 12. Dezember der Situationsplan und die Pläne für den Unterbau und am 28. Januar 1868 der Plan für den Oberbau vom Regierungsrath genehmigt.

Es waren devisirt:

Der Unterbau	Fr. 13,850
Der Oberbau	„ 28,000

zusammen: Fr. 41,850

Nach erfolgter Ausschreibung wurden verakkordirt:

1. Die Ausführung der beiden Widerlager und Pfeiler an Herrn Gobalet in Uttigen mit 130/o Zuschlag und mit dem 1. Mai 1868 als Vollendungstermin.
2. Der Oberbau mit Zoresbelag und Beschotterung an die Herren Ott und Cie. um die Summe von Fr. 28,000 mit dem 15. Mai 1868 als Vollendungstermin.

Der Markanal in der Umgebung der Wylerbrücke. Der Bauplan über die Strecke No. 106—111 mit 500 Fuß Länge und mit einem Voranschlag von Fr. 4817.50 wurde am 16. Januar 1868 vom Regierungsrath genehmigt und um die Devispreise an Herrn Gobalet verakkordirt. Es war durch die Verhältnisse geboten, daß diese Bauvergebung aus freier Hand stattfand.

Für das dritte und vierte Loos des Markanals in Verbindung mit den betreffenden Abschnitten der Meiringenstrasse werden die Vorstudien und Projektirungsarbeiten mit Eifer betrieben.

2. Entsumpfung.

Gurgentanal. Dieser Kanal hat das Wasser auf dem Gebiet zwischen dem Battenberg und dem rechten Marufer zu sammeln und direkt in den See zu führen. Der Kanal hat eine Länge von 3350 Fuß, Sohlenbreite $2\frac{1}{2}$ Fuß, durchschnittliche Tiefe 5 Fuß und $1\frac{1}{2}$ füßige Böschungen.

Der Bauplan mit einem Voranschlag von Fr. 6684 wurde am 23. November 1867 vom Regierungsrath genehmigt und die Arbeiten

nach erfolgter Ausschreibung auf den Antrag des Ausschusses 80% unter dem Voranschlag an die Herren Trauffer und Mithasse in Hofstetten veraffordirt. Vollendungstermin 1. Mai 1868.

Das erste Loos des Hauptkanals geht vom Brienzersee und dem Brunnenseeli bis zur Aare im untern Birkenthal und hat eine Länge von 2750 Fuß. Das Querprofil beruht auf einläßlichen Untersuchungen über das Regengebiet der Zuflüsse; dasselbe wurde mit Zustimmung des Ausschusses festgestellt wie folgt: Sohlenbreite 12 Fuß, Tiefe 7 Fuß und 2füßige Böschungen.

Der Bauplan mit einem Voranschlag von Fr. 20,272 wurde am 23. November 1867 vom Regierungsrath genehmigt und die Arbeiten nach erfolgter Ausschreibung auf den Antrag des Ausschusses an die Herren Johann Fischer in Belp und Johann Fischer in Gerzensee veraffordirt zu den im Devis enthaltenen Einheitspreisen. Vollendungstermin 1. Mai 1868.

Das zweite Loos des Hauptkanals von 8650 Fuß Länge geht von der Aare im untern Birkenthal bis zum Oltschibach in den hintern Mädern. Die Sohlenbreite wurde auf 10 Fuß reduzirt. Der Bauplan mit einem Voranschlag von Fr. 64,816 wurde am 23. Dezember 1867 vom Regierungsrath genehmigt.

Die Rechnung des Unternehmens ergiebt folgende Ergebnisse:

Einnahmen.

Durch Anleihen	Fr. 800,000
Beiträge des Staates pro 1866—1867	„ 100,000
Einnahmen aus der Baurechnung	„ 271 25
Zinse in Konto-Korrent	„ 33,214. 25
<hr/>	
Summa:	Fr. 933,485 50

Ausgaben.

Zinse und Kosten des Anleiheus	Fr. 57,910. 40
Ausgaben der Baurechnung	„ 284,091. 27
<hr/>	
Summa:	Fr. 342,001. 67
<hr/>	
Bleiben:	Fr. 591,483. 83
Davon hat das Unternehmen zu gut auf 31. Dez. 1867:	
Bei der eidgenössischen Bank	Fr. 432,300. 25
Bei der Kantonskasse	„ 159,183. 58
<hr/>	
zusammen:	Fr. 591,483. 83

Sowohl die eidgenössische Bank als die Kantonskasse verrechnen dem Unternehmen 50% in Conto-Corrent.

3. Untere Gürbe.

Von den Ingenieuren Bridel und Rohr wurde ein Projekt zur Korrektur der Einmündung der Gürbe in die Aare beim Bodener vorgelegt. Durch die Ausführung dieses Werkes wird den dringendsten Anforderungen der dortigen Grundbesitzer mit verhältnißmäßig geringen Kosten entsprochen und die vorhandenen Uebelstände werden, wenn auch nicht vollständig gehoben, doch bedeutend gemildert werden.

Betreffend die Wasserberechtigung am Schmittenmätteli-Brunnen ist ein definitiver Vergleich mit Frau Wittwe Zeerleder in Belp zum Abschluß gekommen.

4. Mittlere Gürbe.

Die Schwellengenossenschaften der Gürbe und der Müsche verlangen nachträglich noch die Verlängerung mehrerer Kanäle und die weitere Anlage von neuen Kanälen. Da die Ausführung dieser Neubauten den Erfolg des ganzen Werkes wesentlich erhöhen wird, so hat die Entsumpfungsdirektion hierüber Plan und Devis aufnehmen lassen und gedenkt die Ausführung zu empfehlen.

Bezüglich der Fortsetzung der Korrektur des Gürbenkanals zwischen Lohnstorf und Wattenwyl ist von den Ingenieuren Bridel und Rohr ein Gutachten eingereicht worden, das dahin geht, den Gürbenkanal um 1400 Fuß oberhalb der Lohnstorfbrücke zu verlängern, von einer durchgreifenden Korrektur der ganzen obern Strecke aber einstweilen zu abstrahiren und den Erfolg der bisher ausgeführten Bauten abzuwarten. Ebenso wird die Anlage eines künstlichen Grienablageplatzes ob Wattenwyl dermalen nicht angerathen.

Es wurden verausgabt:

Bauten.	Dandentschädigung.	Administration.	Zinse.	Summa.
Fr. Rp.	Fr. Rp.	Fr. Rp.	Fr. Rp.	Fr. Rp.
bis 31. Dezember 1866 :				
601,238. 61	133,954. 36	15,940. 07	80,037. 98	831,171. 02
Vom 1. Januar bis 31. Dezember 1867 :				
5,117. 20	40. 38	1028. 31	35,512. 23	41,698. 12
606,355. 81	133,994. 74	16,968. 38	115,550. 21	872,869. 14
Rückvergütungen :				
500 —	431. 50	— —	— —	931. 50
605,855. 81	133,563. 24	16,968. 38	115,550. 21	871,937. 64

5. Obere Gürbe.

Die Schwellenbauten im Gebirg wurden in bisheriger Weise fortgesetzt und namentlich den Entwässerungen und Aufforstungen besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

6. Birs.

Die Vorstudien für eine Korrektur der Birs im Münsterthal in Verbindung mit einem Straßenprojekt zwischen Reconbillier und Malzeray sind in diesem Jahr vollendet worden.

7. Denz.

Die Ausführung dieses Unternehmens ist noch immer nicht gesichert.

8. Desch.

Ueber eine Korrektur des Deschbaches in den Gemeinden Wangen und Därendingen haben mit der Regierung von Solothurn Unterhandlungen stattgefunden.

Domainen: Tabelle 1.

Kantonsbezirke.	Bestand der Domainen auf 1. Januar 1867.					Zuwachs.					Abgang.					Bestand der Domainen auf 1. Januar 1868.				
	Ge- bäude. Anzahl	Erdb. reich. Juch.	Reben- Mann- werk.	Berg- Rechte.	Capital- Schätzung. Fr.	Ge- bäude. Anzahl	Erdb. reich. Juch.	Reben- Mann- werk.	Berg- Rechte.	Capital- Schätzung. Fr.	Ge- bäude. Anzahl	Erdb. reich. Juch.	Reben- Mann- werk.	Berg- Rechte.	Capital- Schätzung. Fr.	Ge- bäude. Anzahl	Erdb. reich. Juch.	Reben- Mann- werk.	Berg- Rechte.	Capital- Schätzung. Fr.
Narberg . . .	46	380	.	.	606,197	.	4	.	.	4,320	.	4	.	.	2,876	46	380	.	.	607,641
Narwangen . . .	42	126	.	.	414,533	.	1	.	.	1,970	42	127	.	.	416,503
Bern . . .	150	566	.	.	3,263,137	29,565	150	566	.	.	3,292,702
Biel . . .	3	.	.	.	26,129	3	.	.	.	26,129
Büren . . .	25	56	.	.	207,837	25	56	.	.	207,837
Burgdorf . . .	50	415	.	.	818,287	2	.	.	1,232	50	413	.	.	817,055
Courtclary . . .	22	27	.	.	239,404	22	27	.	.	239,404
Delsberg . . .	8	4	.	.	104,575	8	4	.	.	104,575
Erlach . . .	21	127	70	.	259,149	3	.	.	507	21	124	70	.	258,642
Fraubrunnen . . .	30	122	.	.	400,396	2	9	.	.	18,316	28	113	.	.	382,080
Freibergen . . .	2	.	.	.	52,174	2	.	.	.	52,174
Frutigen . . .	20	117	.	88	193,642	1	.	.	.	41,000	21	117	.	88	234,642
Interlaken . . .	68	206	.	195	554,208	123,343	22,595	68	206	.	195	654,926
Konolfingen . . .	34	180	.	.	373,056	3	34	180	.	.	373,053
Laufen . . .	1	.	.	.	10,447	1	.	.	.	10,447
Laupen . . .	23	118	.	.	197,951	23	118	.	.	197,951
Münster . . .	4	59	.	.	65,526	4	59	.	.	65,526
Neuenstadt . . .	7	19	.	.	89,715	7	19	.	.	89,715
Nidau . . .	31	59	10	.	231,578	2,210	31	59	10	.	229,368
Oberhasle . . .	9	52	.	26	82,952	9	52	.	26	82,952
Pruntrut . . .	19	5	.	.	166,068	19	5	.	.	166,068
Saanen . . .	19	59	.	126	116,853	197	19	59	.	126	117,050
Schwarzenburg . . .	23	68	.	12	105,462	2	.	.	.	1,735	21	68	.	12	103,727
Seftigen . . .	38	148	.	7	257,409	13	.	2	4,560	38	135	.	5	252,849
Signau . . .	38	127	.	64	333,045	1,775	38	127	.	64	334,820
Niederstimmthal . . .	39	241	.	65	312,596	1,270	950	39	241	.	65	312,916
Oberstimmthal . . .	24	107	.	122	189,977	24	107	.	122	189,977
Thun . . .	41	225	6	29	322,792	8	.	.	3,819	41	217	6	29	318,973
Trachselwald . . .	43	133	.	73	324,442	1	.	.	.	14,500	44	133	.	73	338,942
Wangen . . .	26	54	.	.	189,252	270	26	54	.	.	189,522
Liegenschaften außer dem Canton Bern	18	44	.	.	94,914	18	44	.	.	94,914
	924	3,844	86	807	10,603,703	2	5	.	.	218,180	4	39	.	2	58,803	922	3,810	86	805	10,763,080

Zusammenstellung der Pachtverträge.

Amtsbezirke.	Bestand d. Pachtverträge auf 1. Januar 1867.			Vermehrung.			Verminderung.			Bestand d. Pachtverträge auf 1. Januar 1868.			Bemerkungen.
	Zahl der Ver- träge.	Betrag.		Zahl der Ver- träge.	Betrag.		Zahl der Ver- träge.	Betrag.		Zahl der Ver- träge.	Betrag.		
		Fr.	Rp.		Fr.	Rp.		Fr.	Rp.		Fr.	Rp.	
Narberg	21	14,293	90	—	406	33	—	—	—	21	14,700	23	
Narwangen	16	6,586	81	—	106	19	—	—	—	16	6,693	—	
Bern	131	70,649	11	—	—	—	8	7,111	61	123	63,537	50	
Büren	8	2,180	65	2	118	—	—	—	—	10	2,298	65	
Biel	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Burgdorf	23	11,268	76	—	2,867	—	—	—	—	23	14,135	76	
Courtellary	8	1,120	46	—	—	—	—	2	—	8	1,118	46	
Delsberg	3	34	—	1	100	—	—	—	—	4	134	—	
Erlach	10	3,922	75	—	—	—	1	31	—	9	3,891	75	
Graubrunnen	15	8,606	08	—	—	—	1	690	50	14	7,915	58	
Freibergen	2	300	—	—	—	—	—	—	—	2	300	—	
Frutigen	9	3,964	65	—	74	35	1	—	—	8	4,039	—	
Interlaken	29	15,724	31	—	107	25	—	—	—	29	15,831	56	
Konolfingen	12	6,331	76	—	—	—	—	—	06	12	6,331	70	
Laufen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Laupen	13	4,885	11	—	—	—	—	290	07	13	4,595	04	
Münster	11	1,606	82	—	—	—	2	19	40	9	1,587	42	
Neuenstadt	3	621	16	—	—	—	—	—	—	3	621	16	
Nidau	19	2,784	85	—	—	—	5	110	07	14	2,674	78	
Oberhasle	9	1,532	02	—	—	—	—	—	—	9	1,532	02	
Pfuntzen	7	4,742	46	1	—	—	—	640	—	8	4,102	46	
Saanen	7	4,196	—	—	—	—	2	—	—	7	4,196	—	
Schwarzenburg	12	4,077	90	—	—	—	1	1,611	70	10	2,466	20	
Seftigen	14	5,224	93	—	316	—	—	—	—	13	55,40	93	
Signau	13	5,688	92	—	—	—	2	1,327	03	11	4,361	89	
Niedersimmenthal	16	8,929	71	—	—	—	—	46	46	16	8,883	25	
Obersimmenthal	14	3,745	24	—	—	—	1	25	36	13	3,719	88	
Thun	24	7,919	54	—	—	—	2	1,339	13	22	6,580	41	
Trachselwald	15	5,507	03	—	—	—	—	40	—	15	5,467	03	
Wangen	11	1,908	62	7	1,004	07	—	—	—	18	2,912	69	
	475	208,353	55	11	5,099	19	26	13,284	39	460	200,168	35	

Die Pachtzinse betrugen auf 31. Dezember 1866. 1867.

nach gegenwärtiger Zusammenstellung	Fr.	208,353.	55.	Fr.	200,168.	35.
dazu: Ertrag des Galsbrühls	"	4,074.	50.	"	2,018.	50.
" der Erlach-Schloßreben	"	1,415.	33.	"	709.	32.
" der Ligerz Pfundreben	"	909.	—.	"	—.	—.
Summa	Fr.	214,752.	38.	Fr.	202,896.	17.